100 Jahre Wiener Landtag

Land Wien

Inhaltsverzeichnis

Protokoll der Ersten Sitzung des Wiener Gemeinderates als Landtag 3

Vorwort des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages Ernst Woller 4

Vorwort des Wiener Landeshauptmanns und Bürgermeisters Dr. Michael Ludwig 5

Dr. Günther Smutny, Dr.in Barbara Steininger: Vom Werden und Wirken des Wiener Landtages 6

Festrede Ernst Woller, Erster Präsident des Wiener Landtages 8

Festrede Dr. Michael Ludwig, Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien 10

Festrede Dr.in Eva Nowotny, Vorsitzende des Universitätsrates 14

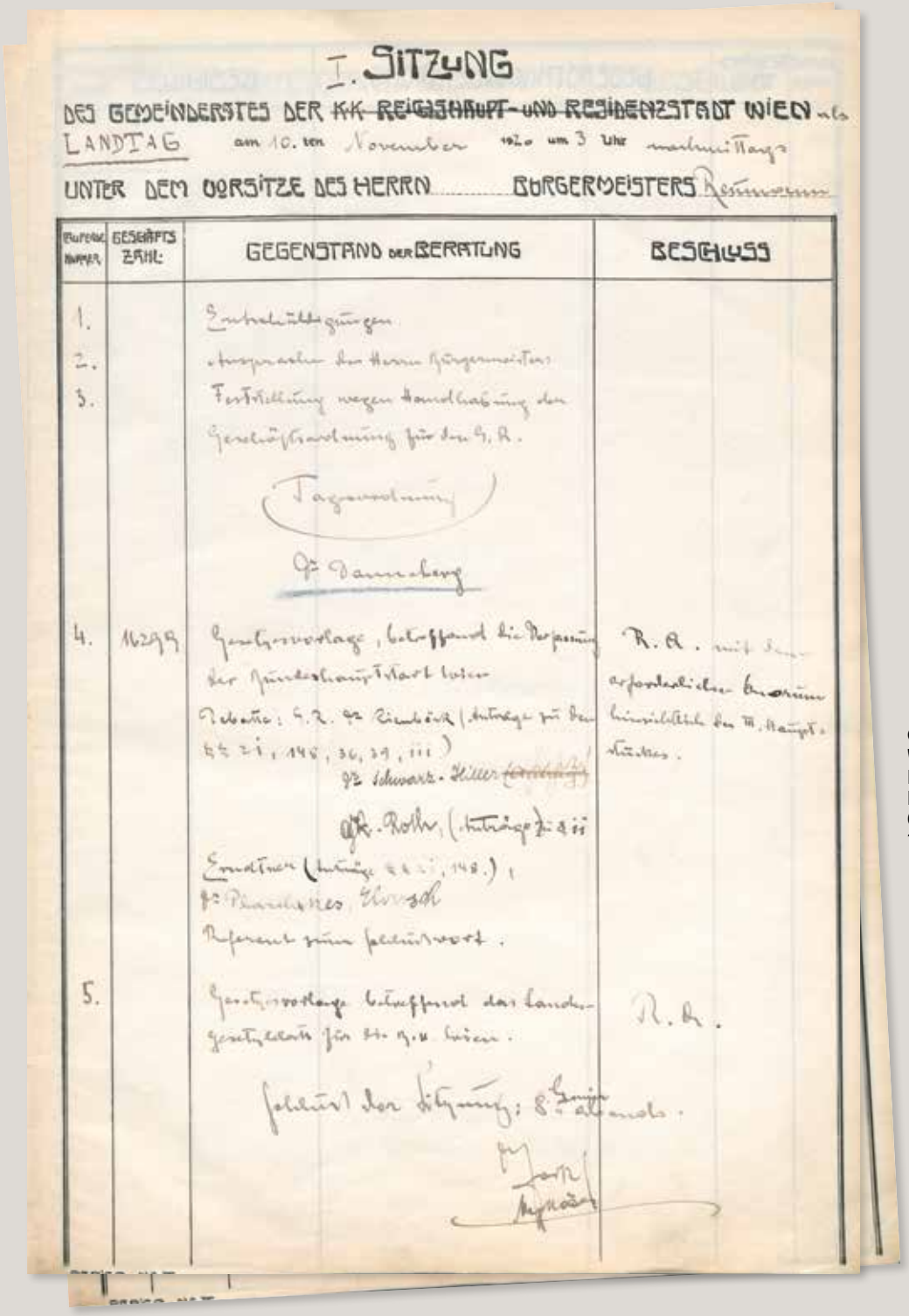
Dr.in Barbara Steininger: Der Wiener Landtag – eine Zeitreise 1920 – 2020 18

Erste Präsidentinnen und Präsidenten des Wiener Landtages seit 1920 34

Zweite Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten seit 1920 mit Funktionsperiode 40

Dritte Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten seit 1920 mit Funktionsperiode 41

Protokoll der Ersten Sitzung des Wiener Gemeinderates als Landtag



I. SITZUNG

DES GEMEINDERATES DER ~~KK REICHSHAUPT- UND RESIDENZSTADT WIEN~~ als LANDTAG am 10. ten November 1920 um 3 Uhr nachmittags

UNTER DEM VORSITZE DES HERRN BÜRGERMEISTERS Reumann

Laufende Nummer	Geschäfts Zahl:	Gegenstand der Beratung	Beschluss
1.		Entschuldigungen	
2.		Ansprache des Herrn Bürgermeisters	
3.		Feststellung wegen Handhabung der Geschäftsordnung für den G. R.	
		Tagesordnung	
		Gf. Danneberg	
4.	16299	Gesetzesvorlage, betreffend die Reparatur der Bundeshauptstadt Wien	R. A. mit [illegible] erforderlichen Ermächtigung hinsichtlich des M. Hauptstuhles.
		Debatte: G. R. Gf. Riemböck (Anträge zu den §§ 21, 148, 36, 39, 111)	
		Gf. Schwarz. Hiller ~~[illegible]~~	
		Gf. Roth, (Anträge zu § 11)	
		Emotscher (Anträge §§ 21, 148.),	
		Gf. Pfeiffer, Ehrnsch	
		Referent zum Schlusswort.	
5.		Gesetzesvorlage betreffend das Landesgesetzblatt für St. G. u. Wien.	R. A.
		Schluss der Sitzung: 8 Uhr abends.	

Quelle:
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Landtag, B4/1 – Sitzungsprotokoll Gemeinderat als Landtag: 10. November 1920

© PID/David Bohmann

Vorwort des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages Ernst Woller

Es ist für mich eine besondere Ehre und Freude, genau zu diesem besonderen Jubiläum des Landes Wien Erster Präsident des Wiener Landtages sein zu dürfen.

Wien, das über Jahrhunderte Teil von Niederösterreich war, wurde am 10. November 1920 Bundesland. An diesem Tag wurde Geschichte geschrieben, wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Geburt des „Neuen Wien" geschaffen, das ein Jahrhundert später zur lebenswertesten Stadt der Welt werden sollte.

Dafür gebühren den Gründungsvätern des Landes Wien, seinem ersten Landtagspräsidenten Robert Danneberg und allen Abgeordneten zum Wiener Landtag damals wie heute Dank und Anerkennung.

Ernst Woller
Erster Landtagspräsident

© Koenigshofer Michael

Vorwort des Wiener Landeshauptmanns und Bürgermeisters Dr. Michael Ludwig

Der Erste Weltkrieg, die „Spanische Grippe" und das Nachkriegselend bildeten den dramatischen Hintergrund für die unvergleichliche politische, soziale und gesellschaftliche Entwicklung unserer Heimatstadt: Vor exakt 100 Jahren wurde Wien durch die am 1. Oktober beschlossene und am 10. November 1920 in Kraft getretene Bundesverfassung zu einem eigenständigen Bundesland. Durch die neue Wiener Stadtverfassung amtierte der Wiener Bürgermeister fortan auch als Wiener Landeshauptmann, der Gemeinderat als Landtag.

Damit wurde die Bundeshauptstadt als eigenständiges Bundesland auf die gleiche verfassungsrechtliche Ebene wie die anderen damaligen Bundesländer gehoben.

Diese „Emanzipation" Wiens von Niederösterreich war längst überfällig und ebnete den Weg für ein einzigartiges Reformwerk in der Geschichte Wiens. Politiker wie die Bürgermeister Jakob Reumann und Karl Seitz, die Stadträte Hugo Breitner und Julius Tandler sowie der Schulreformer Otto Glöckel konnten so ein – wie der Historiker Wolfgang Maderthaner es nennt – „außergewöhnliches kommunales Experiment" starten, das den sozialen Wohnbau sowie umfangreiche Reformen in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ermöglichte.

Diesen Weg in Richtung einer modernen, sozialen und lebenswerten Metropole, der vor einem Jahrhundert eingeschlagen wurde, konsequent fortzusetzen, sind wir auch heute gut beraten.

Michael Ludwig
Wiener Bürgermeister und
Landeshauptmann

Dr. Günther Smutny (Landtagsdirektor des Wiener Landtages)
Dr.in Barbara Steininger (Leiterin der Landtags- und Gemeinderatsdokumentation im Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Vom Werden und Wirken des Wiener Landtages

Durch die Schaffung des niederösterreichischen Landtages 1861 und durch das Reichsgemeindegesetz 1862 begann die Geschichte zwischen der Stadt Wien und dem niederösterreichischen Landtag, der nun die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung übernahm. Nach dem Zerfall der Monarchie 1918 stand die Frage der Zukunft von Wien und Niederösterreich in engem Zusammenhang mit der Staatsgründung auf Bundesebene. Die Trennung von Niederösterreich erfolgte in einem etappenweisen Diskussions- und Entscheidungsprozess in den Jahren 1918 bis 1922.

Die erste Sitzung des Wiener Landtages fand am 10. November 1920, die letzte Sitzung am 26. Jänner 1934 statt. In der Ersten Republik schuf der Wiener Landtag unter anderem die gesetzlichen Grundlagen für die Wiener Wohnbau- und Sozialpolitik und beschloss 1920 eine Stadtverfassung.

Zwei Diktaturen folgten – der austrofaschistische „Ständestaat" (1934–1938) und die nationalsozialistische Diktatur (1938–1945). Nach der Befreiung Wiens im April 1945 konstituierte sich der Wiener Landtag am 13. Dezember 1945 neu und damit begann seine Tätigkeit in der Zweiten Republik.

Seit dieser Zeit hat sich der Wiener Landtag zu einer modernen Institution weiterentwickelt. Dialog, Entscheidung und Kontrolle: Dies sind die Eckpfeiler für das Wirken des Wiener Landtages. Kernkompetenz ist nach wie vor die Landesgesetzgebung, mit der die Lebensverhältnisse der Menschen in Wien aktiv gestaltet werden. Im Rahmen des EU-Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsverfahrens wirkt der Wiener Landtag mittlerweile seit zehn Jahren an der EU-Rechtsetzung aktiv mit. Um das Spektrum des Dialoges zu erweitern, hat der Wiener Landtag als erster in Österreich den österreichischen Abgeordneten zum EU-Parlament ein Rederecht in seinen Sitzungen eingeräumt. Und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde 2014 durch die Schaffung eines Petitionsrechtes ausgebaut.

Künftige Entwicklungen werden sicherlich von der Digitalisierung der Sitzungsabläufe geprägt sein. Mit dem Projekt Digipol wird der Wiener Landtag in eine papierlose, moderne und nachhaltige Zukunft gehen. Eine andere wichtige Aufgabe wird die Sicherung und Weiterentwicklung der

Demokratie sein. Dabei werden die Vermittlung demokratischer Werte sowie die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie besonders der Jugend in die Gestaltung demokratischer Prozesse eine bedeutende Rolle spielen. Mit Blick auf seine erfolgreiche Vergangenheit und mit einer aktiven Gestaltung von Gegenwart und Zukunft kann der Wiener Landtag selbstbewusst in ein weiteres spannendes, hoffentlich fruchtbringendes Jahrhundert starten.

Festrede Ernst Woller, Erster Präsident des Wiener Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der 10. November 1920 ist ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der Stadt Wien", sagte Robert Danneberg, der Wegbereiter der Wiener Stadtverfassung und Erster Landtagspräsident in den Jahren 1920 bis 1932. Tatsächlich feiert Wien heute ein besonderes Jubiläum. Genau heute vor 100 Jahren fand im Wiener Rathaus die erste Sitzung des Wiener Landtages statt. Nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie und der Gründung der Ersten Republik am 12. November 1918 wurde die neue Republik Österreich demokratisch neu geordnet.

Wien war bis 1920 jahrhundertelang Teil von Niederösterreich und dieses gemeinsame Bundesland Niederösterreich-Wien war in der neuen, relativ kleinen Republik Österreich ein sehr dominanter Teil. Mehr als 54 Prozent der Menschen Österreichs lebten damals in Niederösterreich inklusive Wien. So war es insbesondere der Wunsch der anderen Bundesländer, das zu ändern. 1920 kam es zur Trennung von Wien und Niederösterreich und Wien wurde eigenständiges Bundesland. Am 10. November 1920 trat der Wiener Gemeinderat im Wiener Rathaus erstmals als Wiener Landtag zusammen und unter dem Vorsitz von Robert Danneberg wurde die Wiener Stadtverfassung beschlossen, die in den Grundzügen noch heute genauso gültig ist.

Der Wiener Bürgermeister amtiert seit diesem Zeitpunkt auch als Wiener Landeshauptmann, die Stadträtinnen und Stadträte agieren als Wiener Landesregierung, die Abgeordneten des Gemeinderates sind auch Abgeordnete des Wiener Landtages. In der Folge wurde auch im niederösterreichischen Landtag ein gleichlautender Beschluss gefasst. Damit wurden die politischen Voraussetzungen geschaffen, dass der Wiener Landtag eigenständig Politik machen konnte, eigenständig Gesetze beschließen konnte.

Von den vielen Gesetzen erwähne ich nur eines, weil es eines der ersten und wahrscheinlich auch prägendsten war, nämlich das von Robert Danneberg und Hugo Breitner gemeinsam initiierte Wohnbaugesetz, die Wiener Wohnbausteuer, die das wirklich großartige Programm des sozialen Wohnbaus ermöglicht und finanziert hat.

In der Folge wurden im Wiener Landtag viele gesetzliche Voraussetzungen für die Entwicklung Wiens in der Ersten Republik geschaffen, die letztlich als das Erfolgsmodell des Roten Wiens in die Geschichte eingegangen sind.

Im Wiener Landtag wurde und wird damit Wien gemacht. Hier werden seit 100 Jahren jene Gesetze beschlossen, die Wien letztendlich zur lebenswertesten Stadt der Welt gemacht haben.

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben die Bundesländer – und damit auch die Landtage – zusätzliche wichtige Aufgaben übernommen. Es geht darum, dass bei einer fortschreitenden Entwicklung der europäischen Integration ein Europa der Städte und Regionen bewahrt wird, dass dieses Europa der Städte und Regionen auch gelebt wird und damit die Europäische Union näher an die Bürgerinnen und Bürger unserer Länder gebracht werden kann.

Die Landtage erfüllen im Sinne des Föderalismus und der Subsidiarität eine sehr wichtige Aufgabe im politischen System der Europäischen Union, insgesamt agiert aber der Wiener Landtag hauptsächlich im Interesse der Wienerinnen und Wiener und schafft die Voraussetzungen für die so positive Entwicklung unserer Stadt.

Wie bedeutend eine starke Demokratie in unserer Gesellschaft ist, ist uns auf Grund der schrecklichen Ereignisse der vergangenen Tage schmerzhaft bewusst geworden. Im Kampf gegen Hass und Terror bedarf es einer Gesellschaft, die über alle Partei- und Religionsgrenzen hinweg zusammenhält, und es bedarf eines politischen Systems, das Sicherheit und Frieden garantiert. Der Wiener Landtag und dessen 100 Abgeordnete leisten dazu seit 100 Jahren einen wichtigen Beitrag.

In diesem Bewusstsein haben wir uns auch entschlossen, dass wir heute zu diesem Festakt zusammenkommen – bedingt durch die Pandemiebestimmungen in sehr kleinem Kreis.

Ich darf Sie, sehr geehrte Damen und Herren, damit noch einmal herzlich zu unserer Festveranstaltung begrüßen, insbesondere begrüße ich auch jene, die unserem Festakt via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich unseren Herrn Landeshauptmann Dr. Michael Ludwig und die Mitglieder der Wiener Landesregierung. Ich begrüße das Präsidium des Wiener Landtages, ich begrüße die Vorsitzenden des Gemeinderates und die Klubvorsitzenden aller im Gemeinderat vertretenen Parteien.

Ich begrüße im Besonderen unsere Festrednerin und Vorsitzende des Universitätsrats der Universität Wien, Frau Botschafterin Eva Nowotny.

Leider müssen wir unseren Herrn Bundespräsidenten, der gerne gekommen wäre, entschuldigen. Wir werden ihm auf diesem Weg auch die besten Genesungswünsche übermitteln.

Als Vertreter des Landes Niederösterreich, auch in Vertretung der Frau Landeshauptfrau, begrüße ich Landtagspräsident Karl Wilfing und Landtagsdirektor Thomas Obernosterer.

Für die Beamtenschaft begrüße ich Herrn Magistratsdirektor Erich Hechtner und Herrn Landtagsdirektor Günther Smutny.

Ich darf mich an dieser Stelle auch für die vielfältigen Beiträge zu diesem Jubiläum bedanken, die die Abteilungen des Kulturressorts, die MA 7, die MA 8 und die MA 9, geleistet haben.

Das Wissenschaftsreferat der MA 7 hat eine Wiener Vorlesung mit einem Gespräch mit Eva Nowotny und Erhard Busek aufgezeichnet, die heute Abend um 21 Uhr erstmals live gestreamt wird. Vielen Dank an unseren Wissenschaftsreferenten Daniel Löcker.

Im Steinsaal, also im Vorzimmer des Stadtsenatssitzungssaals, sehen Sie eine vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung, die in den kommenden drei Monaten auch im Vorraum des Gemeinderates für die Öffentlichkeit zugänglich sein wird. Ich möchte da vor allem Barbara Steininger danken, die ich heute auch persönlich hier in unserer Mitte begrüßen darf.

Die Wienbibliothek im Rathaus zeigt ab morgen eine sehenswerte Ausstellung über die Wiener Stadtverfassung und über die Trennung von Wien und Niederösterreich. Dazu ist ein neues Buch, ein Katalog über die hundertjährige Geschichte Wiens als Bundesland, entstanden. Ich habe ihn heute in der Früh bekommen, er ist einfach großartig. Vielen Dank an Anita Eichinger und Christian Mertens.

Ich danke den Mitgliedern des Ensembles Saitenluft, sie alle sind Studierende und Absolventen der Musik- und Kunstuniversität Wien, für die musikalische Umrahmung unseres Festaktes mit den Sätzen 3 und 5 des Septetts in Es-Dur von Ludwig van Beethoven.

Abschließend möchte ich noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Büros, des Präsidialbüros, der Landtagskanzlei und auch der MA 34 für die Organisation der Veranstaltung danken. Ich danke auch den wenigen geladenen Vertreterinnen und Vertretern der Medien – wir haben auch hier eine Einschränkung machen müssen.

Ich darf nun dich, lieber Herr Landeshauptmann, ersuchen, das Wort zu ergreifen.

Bürgermeister Michael Ludwig und Landtagspräsident Ernst Woller (v.l.) freuen sich über die gelungene Publikation der Wienbibliothek

Festrede Dr. Michael Ludwig, Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien

Sehr geehrte Damen und Herren!

Werte Mitglieder der Landesregierung und des Landtagspräsidiums!

Werte Vorsitzende des Gemeinderates und Vorsitzende der politischen Fraktionen im Landtag!

Ich freue mich sehr, Frau Botschafterin Eva Nowotny, dass Sie, dass du heute den Festvortrag halten wirst, auf den ich mich schon ganz besonders freue. Es ist ein schönes Zeichen, dass die Landtagspräsidenten von Wien und Niederösterreich nicht nur eng zusammensitzen, sondern, wie ich weiß, auch freundschaftlich verbunden sind. Wir drei haben ja etwas gemeinsam: Wir haben alle einmal einen Teil unseres politischen Lebens im Bundesrat – der Länderkammer der Bundesgesetzgebung – verbracht und arbeiten, wie ich meine, auch insgesamt sehr gut zusammen.

Deshalb freue ich mich auch sehr, dass Landtagspräsident Karl Wilfing bei uns ist und Landtagspräsident Ernst Woller für das Bundesland Wien. Ich möchte die Gelegenheit nützen, mich bei dir nicht nur für die Ausrichtung der heutigen Festveranstaltung ganz herzlich zu bedanken, sondern auch für die vielen Aktivitäten, die damit verbunden sind und die auch die gesamte Geschichte unseres Bundeslandes, unserer Stadt Wien, der wir emotional so sehr verbunden sind, wieder zurechtrücken. Viele in der Welt schauen immer ganz bewusst nach Wien, wenn es darum geht, Innovationen für andere Städte zu lernen, und dazu sind wir als Land Wien, als Stadt Wien immer gerne bereit.

Du hast die Veranstaltung heute so ausgerichtet, dass sie im kleinen Rahmen stattfindet, dass wir hier im Stadtsenatssitzungssaal mit Masken sitzen und dass wir mit Abstand sitzen. Ich betone immer, dass das kein sozialer Abstand ist, sondern ein räumlicher und dass wir in Wien trotz dieser Krise alles daransetzen, dass die Menschen emotional verbunden bleiben, durch Aktivitäten, durch eine andere Form der Kommunikation, die vielleicht stärker elektronisch läuft, bei der vielleicht der eine oder andere persönliche Kontakt auch in anderer Form abgewickelt wird, aber dass wir die Menschen nicht vergessen, die sonst vereinsamen. Es ist eine große Herausforderung, in der wir uns derzeit befinden.

Du, lieber Landtagspräsident, hast darauf hingewiesen, dass der Terroranschlag, der uns ganz hart getroffen hat, die Bevölkerung sehr stark in ihrem Sicherheitsgefühl beeinträchtigt hat, dass wir leider in der Geschichte unserer Stadt immer wieder solche Ereignisse erleben mussten. Ich erwähne dies deshalb, weil ich heute wieder hier unter

dem Bild von Maria Lassnig stehe, das Helmut Zilk darstellt und seine verletzte, seine zerstörte Hand in überdimensionaler Art und Weise präsentiert, diese Hand, die durch einen feigen Briefbombenanschlag zerstört worden ist.

Was aber nicht zerstört worden ist, ist der Widerstand, den Helmut Zilk gegen jede Form von Terrorismus und Extremismus gesetzt hat. Es ist damit auch ein Symbol für unsere Stadt, dass wir uns in der Vergangenheit immer wieder bewusst gegen jede Form von Extremismus und Terrorismus zu Wehr gesetzt haben, und das wird auch dieses Mal der Fall sein. Auch wenn das eine schwere Wunde in unsere Stadt geschlagen hat, werden wir auch mit dieser Situation, wie ich weiß, mit Solidarität und Gemeinsinn umgehen können.

Wir befinden uns in einer starken Gesundheitskrise. Das zeigt der Umstand, dass wir heute mit Masken hier sitzen und nicht wie vorgesehen im Festsaal, und dass wir viele Menschen, die sich dafür interessiert hätten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, nicht begrüßen dürfen. Es ist fast erschreckend, wenn man auf die Entstehungsgeschichte des Bundeslandes Wien hinweist, dass auch damals vor ziemlich genau 100 Jahren eine furchtbare Epidemie, die sogenannte Spanische Grippe, gewütet hat.

Es ist eigentlich sehr unfair, dass man diese Grippe immer mit Spanien in Verbindung bringt, denn Spanien war eines der wenigen Länder, das sehr schnell und sehr transparent über diese Krankheit, über diese Epidemie berichtet hat. Es war ein Virus, der in den USA entstanden und wahrscheinlich mit Militärtransporten nach Europa gebracht worden ist und hier ungeheuer gewütet hat. Schätzungen belaufen sich auf zwischen 20 und 50 Millionen Tote, die diese Spanische Grippe in insgesamt drei Wellen verursacht hat, und es sind wahrscheinlich in etwa 500 Millionen Menschen weltweit von diesem Virus infiziert worden.

Die Situation damals war deshalb noch viel schwerwiegender, weil sie sich an eine der großen Tragödien des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts angeschlossen hat: den Ersten Weltkrieg, der nicht nur Millionen Tote auf den Schlachtfeldern gefordert hat, sondern auch viele Tote in der Zivilbevölkerung, die unter Hunger, Krankheiten und Unterernährung litt. Diese Umstände haben auch sehr oft zum Tod geführt.

Um die Situation treffend zu beschreiben, möchte ich hier aus dem Roman von Karl Ziak zitieren, den er 1931 unter dem Titel „Heldenroman einer Stadt" publiziert hat. Wenn ich nur ein Zitat herausgreifen darf: „Der Körper verkümmert, der Magen schrumpft, die Muskeln erschlaffen, das Fett ist längst aufgezehrt. Die Widerstandskraft erlahmt. Menschen brechen auf der Straße zusammen. Menschen sterben Hungers. Eine Stadt stirbt. Auf tausend Todesfälle vierhundert Lebendgeburten."

Das war die Situation 1918, 1919, 1920, in der Zeit, in der man darüber nachgedacht hat, wie man mit der Situation in der sterbenden Stadt Wien umgehen kann. Es ist den damals politisch Verantwortlichen bewusst geworden, dass es notwendig sein wird, eine Transformation durchzuführen, demokratische Strukturen zu schaffen – neue Verwaltungseinheiten, eine moderne Infrastruktur – und wenn man so will, war die politische Karriere unserer Stadt mit einer besonders schwierigen Anfangssituation verbunden.

Gerade weil die Wohnbaupolitik der Stadt Wien in der Ersten Republik angesprochen worden ist, die international große Anerkennung gefunden hat: Man darf nie vergessen, dass das deshalb notwendig war, weil die Wohnsituation davor, noch in der Monarchie, in Wien eine besonders triste, eine besonders schlechte war. Eine der Lungenkrankheiten hat man auch die

Die Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs „100 Jahre Wiener Landtag. Eine Zeitreise 1920-2020", kuratiert von Barbara Steininger, im Steinsaal des Wiener Rathauses

Wiener Krankheit genannt, weil sie durch besonders dunkle, feuchte Wohnsituationen verursacht worden ist, durch Räume, die alles andere als gesund waren.

Wenn am 1. Oktober die Bundesverfassung beschlossen worden und am 10. November in Kraft getreten ist, so war das auch der Beginn des eigenständigen Bundeslandes Wien, denn noch am selben Tag – am 10. November 1920 – ist die Wiener Stadtverfassung beschlossen worden. Landtagspräsident Woller hat zu Recht darauf hingewiesen, welch ein wichtiger Schritt in die Zukunft das war. Diese Emanzipation Wiens von Niederösterreich hat auch die Möglichkeit geschaffen, neue Wege zu gehen. Dieser Regierungswechsel und Neustart in der Stadtverfassung hat die Möglichkeit geboten, Inhalte auf den Weg zu bringen, aber auch Persönlichkeiten in politischer Verantwortung vorzufinden, die kraft ihres Amtes Innovationen eingeleitet haben, die bis heute beispielgebend sind.

Wenn ich an Finanzstadtrat Hugo Breitner denke, an Gesundheitsstadtrat Julius Tandler, an den großen Schulreformer Otto Glöckel, aber auch an die Bürgermeister Jakob Reumann und Karl Seitz, die prägende Persönlichkeiten in der Ersten Republik waren, bis Karl Seitz dann im Februar 1934 hier in diesen Räumen im Wiener Rathaus aus politischen Gründen verhaftet wurde: Dieses Dreamteam hat Innovationen gesetzt, auf die wir heute noch stolz sein können.

Viele Dinge, über die wir heute diskutieren, haben ihre Wurzeln auch in der damaligen Diskussion zur Stadtverfassung. Wenn ich an die nicht amtsführenden Stadträte denke, die ja Ergebnis dessen sind, dass Wien Bundesland und Stadt beziehungsweise Gemeinde ist und es nach dem Gemeindestatut ja auch vorgesehen ist, dass alle politischen Kräfte auf Grund des Wahlergebnisses ihren Niederschlag in einer Stadtregierung finden sollen: Es ist vielleicht ein typischer Wiener Kompromiss, dass man auf der einen Seite eine Trennung zwischen Regierung und Opposition vornimmt, aber trotzdem sicherstellt, dass alle politischen Parteien in einer Stadtregierung vertreten sind, dass die nicht amtsführenden Stadträtinnen und Stadträte die Möglichkeit haben, alle Akte einzusehen, an allen Abstimmungen teilzunehmen, am Entscheidungsprozess mitzuwirken und auch kontrollierend tätig zu sein.

Ich erwähne das deshalb, weil diese Funktionen in der Öffentlichkeit immer sehr unpopulär dargestellt werden. Als Bürgermeister und Landeshauptmann könnte ich auch sagen, ich bin froh, wenn das abgeschafft wird, dann gibt es weniger Personen, weniger politische Funktionärinnen und Funktionäre, die mich kontrollieren. Wenn wir aber davon ausgehen, dass das Miteinander wichtig ist, gerade auch in einer Großstadt wie Wien, in einem Bundesland wie Wien, dann denke ich macht es Sinn, auch die Opposition so stark einzubinden, dass sie sehr frühzeitig bei allen Entscheidungen mitwirken kann.

Prinzipiell ist auch diese Entscheidung 1920, rund um die Beschlussfassung der Wiener Stadtverfassung, getroffen worden. Dass dieses Neue Wien ein ganz wichtiger, moderner, innovativer Schritt war – die Historikerinnen und Historiker nennen es immer das Rote Wien, die politisch Verantwortlichen damals haben eigentlich immer vom Neuen Wien gesprochen, auch deshalb, weil sie durchaus viele ganz unterschiedliche politische Kräfte mitnehmen wollten, ein Stück des Weges mit den politisch Verantwortlichen zu gehen, und weil sie wussten, dass sie über die

Wiens Landtagspräsident Ernst Woller, Bürgermeister Michael Ludwig und Niederösterreichs Landtagspräsident Karl Wilfing (v.l.) mit dem Original des ersten Sitzungsprotokolls des Wiener Gemeinderates als Landtag

Parteigrenzen hinweg wirken müssen, um diese Innovationen durchzusetzen –, ist auch vom intellektuellen Wien sehr unterstützt worden.

Es haben sich damals große und wichtige Persönlichkeiten, auf die wir heute noch stolz sind, die zum Teil auch Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger der Stadt Wien sind, dazu bekannt und dieses Projekt unterstützt: von Sigmund Freud über Arthur Schnitzler und Karl Kraus bis Friedrich Torberg. Es war ein abruptes Ende dieser Erfolgsgeschichte in der Ersten Republik, hervorgerufen durch die globale Finanzkrise, durch eine große Depression, aber vor allem durch die Machtergreifung zweier Faschismen, die diese Erfolgsgeschichte brutal beendet haben.

Das NS-Regime war sicher die schlimmste Zeit unseres Landes und unserer Stadt. Landtagspräsident Woller hat zu Recht auf die Ausstellung hingewiesen, die wir im Steinsaal sehen können und die von Barbara Steininger kuratiert worden ist. Ich möchte Sie, ich möchte euch auf ein Bild ganz besonders aufmerksam machen: Es zeigt den Gemeinderats- beziehungsweise Landtagssitzungssaal in der NS-Zeit mit einem Hitlerbild, einer Hitlerbüste und den uniformierten NS-Schergen, und auf der anderen Seite unter der Vorsitzführung des Landtagspräsidenten Hatzl, der 2008 die Betroffenen des NS-Regimes zu einer Fest- und Gedenksitzung eingeladen hat, bei der parteiübergreifend auch alle Vertriebenen- und Widerstandsorganisationen Gelegenheit gehabt haben, personell vertreten zu sein. Es war für viele dieser Menschen die letzte Möglichkeit, an einer offiziellen Kundgebung mitzuwirken.

Die Shoah, das größte Menschheitsverbrechen, der Zweite Weltkrieg mit den Auswirkungen auf unsere Stadt haben es erfordert, dass jene politisch Verantwortlichen diese Stadt nach 1945 wieder aufgebaut haben, und zwar in großartiger Art und Weise. Wien ist zu einer toleranten, weltoffenen Stadt geworden, mit einem Sitz der Vereinten Nationen, dem einzigen Sitz der UNO in der Europäischen Union. Es war ein besonderes Verdienst von Bundeskanzler Bruno Kreisky, aber auch des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz, dass das gelungen ist, und mittlerweile haben 40 internationale Organisationen ihren Sitz in unserer Stadt, im Bundesland Wien.

Es sind viele Dinge geschaffen worden, die weltweit einmalig sind: Wenn ich an die Donauinsel denke, an den sehr schnellen Ausbau der U-Bahn und auch der Fußgängerzonen: Vieles davon ist mit dem Namen Helmut Zilk verbunden, der gerade im Kulturbereich vieles geleistet hat, mit dem Namen Michael Häupl, der Wien zur Umweltmusterstadt gemacht hat und vieles andere mehr. Kurz, um es auf den Punkt zu bringen: Sie haben Wien zur lebenswertesten Stadt gemacht.

Von daher hat ein Satz an Bedeutung verloren, den der Satiriker Karl Farkas oft verwendet hat: „Wir Wiener blicken vertrauensvoll in unsere Vergangenheit." – Das ist zum Teil richtig, wir sind stolz auf Teile unserer Vergangenheit. Wir sehen manche Entwicklungen der Geschichte unserer Stadt, unseres Landes sehr kritisch, wir setzen uns auch intensiv mit der Geschichte unserer Stadt auseinander, aber wir sind auch stolz auf die Errungenschaften, wenn ich an die öffentliche Daseinsvorsorge denke und an all das, das uns von anderen, gesichtslosen Metropolen unterscheidet.

Gerade jetzt in dieser Krise hat sich gezeigt, dass ein öffentlich finanziertes Gesundheitswesen von großer Bedeutung ist, dass wir aber auch neue Formen finden, mit der Wirtschaft zu kooperieren – ich denke an den Beteiligungsfonds „Stolz auf Wien" – und dass wir gerade Klein- und Mittelbetriebe sowie Einpersonenunternehmen besonders unterstützen.

Wir werden uns weiterhin mit der Vergangenheit, mit diesen 100 Jahren auseinandersetzen, und mit der Gegenwart: dass wir Wirtschaftsmotor in Österreich sind, mit 100 Milliarden Euro Bruttoregionalprodukt; dass wir mit Niederösterreich, aber auch mit allen anderen österreichischen Bundesländern ein gutes Einvernehmen pflegen, stolz darauf sind, dass wir in diese Gemeinschaft der Bundesländer eingebettet sind und gut zusammenarbeiten; dass wir eine offensive Stadtaußenpolitik betreiben und wichtiger Teil europäischer und internationaler Städtenetzwerke sind und auch gehört werden, wenn wir uns als Stadt, als Bundesland Wien melden.

Wir haben guten Grund, mit Stolz auf diese 100 Jahre zurückzublicken, wir haben aber noch mehr Grund, sehr zuversichtlich und optimistisch in die Zukunft zu blicken. Diesen Weg gemeinsam zu gehen, dazu lade ich Sie, dazu lade ich euch ganz herzlich ein. Glück auf.

Festrede Dr.in Eva Nowotny, Vorsitzende des Universitätsrats

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass ich als Vorsitzende des Universitätsrats der Universität Wien eingeladen wurde, aus diesem besonders schönen Anlass hier ein paar Gedanken mit Ihnen zu teilen. Ich finde es sehr passend und sehr schön, dass die Universität Wien, die im Leben dieser Stadt wirtschaftlich, wissenschaftlich, aber auch sozial ein bedeutender Faktor ist, ihren Platz in dieser Festveranstaltung findet.

Ich bin ein neugieriger Mensch und habe natürlich sofort einmal versucht herauszufinden, wie sich diese Entscheidung in der Universität Wien widergespiegelt hat. Mit unserem Archivar, Herrn Dr. Maisel, haben wir nachgeschaut und es hat sich herausgestellt, dass das kaum einen Niederschlag gefunden hat.

Es gab am 18. November 1920 eine Senatssitzung mit Rektor Alfons Dopsch. Der Rektor hat damals über die Lage berichtet und da ist auch über den Beschluss der Trennung Wiens von Niederösterreich berichtet worden. Es gab aber keine weitere Diskussion und keine weiteren Kommentare, bis auf die Tatsache, die mit einer gewissen Befriedigung festgestellt wurde, dass von nun an die Universität Wien nicht mehr nach Niederösterreich berichten würde, sondern einer eigenen Verwaltungseinheit, die damals dem Bundesministerium für Unterricht unterstanden ist.

Wir erinnern in dieser Veranstaltung an die Gründung des Wiener Landtages, aber gleichzeitig treten wir damit auch in die Gründungsphase der Ersten Republik ein. Die Umstände dieser Zeit – der Herr Landeshauptmann hat darauf Bezug genommen – waren dramatisch. Es gab wirtschaftliche und politische Unsicherheit, Massenarmut, Arbeitslosigkeit, es hat die Spanische Grippe geherrscht und furchtbare Verheerungen angerichtet, es gab eine Unterversorgung der Bevölkerung mit allen Gütern des Lebens, dramatische Wohnungsnot – kurzum ein Klima der Verzweiflung, Traumata, eine gewisse Hoffnungslosigkeit.

Es ist bewundernswert, mit welchem Mut, mit welcher Weisheit, mit welcher Disziplin, mit welcher Weitsicht sich eine Gruppe von Leuten damals an die Neukonstruktion des Staates und damit auch der Stadt gemacht und diese Arbeit auf sich genommen hat. Die Diskussion über die Rechtsstellung Wiens beginnt nicht zu diesem Zeitpunkt, da gibt es schon eine lange Vorgeschichte.

Das geht zurück bis ins 19. Jahrhundert, wobei zum Beispiel auch schon in den sozialdemokratischen Kommunalprogrammen der 1890er-Jahre immer wieder die Forderung erhoben wurde, Wien möge eine reichsunmittelbare Stadt werden, also eine Reichsunmittelbarkeit erteilt bekommen. Interessant ist auch, dass in dieser Zeit andere große Städte Änderungen erfahren haben, was ihre Rechtsstellung im Gesamtstaat betrifft. Das betrifft zum Beispiel London, aber auch Berlin oder Basel haben ihre Stellung im Gesamtstaat neu geordnet und neu definiert.

Der Wiener Gemeinderat konstituiert sich also am 10. November 1920 in seiner neuen Funktion als Landtag und stimmte der neuen Verfassung Wiens zu. Dass noch einiges zu diskutieren war und darüber gesprochen werden musste, zeigt allein die Tatsache, dass die Sitzung um 15 Uhr begonnen, aber bis spät in die Abendstunden gedauert hat. Das zeigt, dass noch wirkliche Diskussionen stattgefunden haben.

Es ist ein ganz witziges Detail am Rande, dass die Drucksorten, die in dieser Sitzung verwendet wurden, noch aus der Zeit der Monarchie stammten und handschriftlich korrigiert werden mussten. Exemplare davon finden sich auch heute noch im Wiener Stadtarchiv.

Worin liegt die Bedeutung dieser Trennung von Niederösterreich und des neuen Status als ein Bundesland? Es war auf der einen Seite die Voraussetzung für die wirtschaftlichen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt, für autonome Entscheidungen über Steuern und Abgaben und eröffnete einen Handlungsspielraum in allen Bereichen der Kommunalpolitik, vor allem in der Wohnungs-, aber auch in der Sozial- und Bildungspolitik. Politisch von großer Bedeutung war die Entsendung von eigenen Vertretern und eigenen Mandataren in den Bundesrat, wo man eben auf diesem Weg auch auf die Gestaltung der Politik im größeren, gesamtstaatlichen Rahmen Einfluss nehmen konnte.

In den nächsten Jahren, in unmittelbarer Folge dieser grundlegenden Entscheidung, wurden in Wien zum Beispiel 60.000 neue Wohnungen gebaut, eine Maßnahme von ungeheurer Bedeutung, wenn man – der Herr Landeshauptmann hat darauf hingewiesen – davon ausgeht, dass um die Jahrhundertwende noch ein guter Teil der Wiener Bevölkerung eigentlich unterirdisch gelebt hat, in Keller- und Souterrainwohnungen und unter Bedingungen, die wirklich schwere Beeinträchtigungen für die Gesundheit bedeutet haben.

Ich selbst habe eine enge Beziehung zu diesen Programmen: Meine Großmutter hatte eine Wohnung im sogenannten Metzleinstaler Hof, das war einer der ersten großen Gemeindebauten, die in der Zeit von Reumann gebaut wurden, nebenan der Reumannhof. Die Großzügigkeit dieser Wohnanlagen, die ja bis heute gegeben ist, mit den großen, begrünten Innenhöfen und den ganzen Infrastruktureinrichtungen, die zur Verfügung standen – die großen Waschküchenanlagen, die Badeanlagen, die Stadtbibliothek und so weiter: Das hat damals schon Sensationswirkung gehabt.

Eng verknüpft mit dieser Neuordnung der Situation Wiens war natürlich auch die Entwicklung der Bundesverfassung. Der Name Danneberg ist schon gefallen, er war mit Kelsen eng befreundet und das Zusammenspiel zwischen diesen beiden Persönlichkeiten hat sowohl auf der Bundesebene als auch für die Stadt große Bedeutung gehabt. Es gab daneben auch große Persönlichkeiten, die diesen Prozess der Neugestaltung getragen haben: Viktor Reumann selbst, Robert Danneberg, Hugo Breitner, Otto Glöckel, nicht zu vergessen Julius Tandler, der als Arzt für das gesamte Gesundheits- und Hygienewesen Wiens verantwortlich war.

Wie nachhaltig diese Atmosphäre die Menschen, die daran mitgearbeitet haben, beeinflusst hat, zeigt eine Äußerung von Hugo Breitner, der Österreich verlassen musste und nachher in die USA geflohen ist und der am 3. Dezember 1943 noch aus seinem kalifornischen Exil schreibt, wie wunderbar diese Erfahrung war, in diesem Kreis ungewöhnlicher, hochstehender Menschen an diesen Projekten und

Die Festsitzung „100 Jahre Landtag" fand in kleinem Rahmen im Stadtsenatssitzungssaal statt

an diesen Programmen mitgearbeitet haben zu dürfen.

Ich habe mir in diesem Zusammenhang einen Ausschnitt aus der Antrittsrede von Bürgermeister Seitz vom 13. November 1923 herausgesucht, den ich Ihnen gerne vorlesen möchte:

„Wenn man nicht selten die Ansicht vertreten hört, dass Wiens Größe begründet war in seiner Eigenschaft als Sitz eines kaiserlichen Hofes, einer Zentralstelle der Behörden und der Militärgewalt eines großen Staates, so hat die Entwicklung der letzten fünf Jahre gezeigt, dass Wien auch aus eigener Kraft bestehen kann, durch seine große leistungsfähige Industrie, durch das rege und feine Gewerbe, durch seinen blühenden Handel.

In jahrhundertelanger Entwicklung ist Wien das geworden, was es heute ist und immer bleiben wird, das Verbindungstor des Westen Europas zum Osten. Unsere Stadt wird aber nicht nur bestehen als ein Wirtschaftszentrum, sondern auch als eine der ersten und ehrwürdigsten Stätten europäischer Kultur und Zivilisation."

Viel von dem gilt bis heute und die Errungenschaften dieser Jahre begleiten uns bis heute. Wenn wir darauf stolz sind, dass Wien als Stadt jetzt zehn Jahre hindurch im sogenannten Mercer-Ranking immer als lebenswerteste Stadt der Welt an erster Stelle gereiht wurde; wenn wir stolz darauf sind, dass internationale Delegationen kommen, um in Wien sozialen Wohnbau oder Kommunalpolitik zu studieren, so sind wir stolz auf Dinge, die in diesen Jahren der Neugründung erarbeitet wurden und wofür in diesen Jahren der Grundstein gelegt wurde.

Wir sind jetzt am Beginn des 21. Jahrhunderts und trotz dieser historischen Stränge, die bis heute weiterwirken, hat sich die Situation natürlich grundsätzlich verändert. Wien ist heute die fünftgrößte Stadt Europas, entspricht in allen Aspekten den sogenannten drei Ws – Wohlfahrt, Wohlstand, Wohlbefinden in der Stadt – und ist für die neuen Herausforderungen und für die Anforderungen gut gerüstet, die sich für große Städte stellen.

Das ist eigentlich das Thema unserer Tage. 3,9 Milliarden Menschen leben weltweit in Städten. Bis 2050 werden weitere 2,5 Milliarden Menschen prognostiziert, das sind 70 Prozent der Weltbevölkerung, die im urbanen Raum leben. Wien ist Gott sei Dank nicht ein Spieler in dieser ganz großen Liga und ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass der Charme von Wien eigentlich darin liegt, dass wir uns in einer bedeutenden internationalen Stadt befinden, die sich aber trotzdem das Wesen und den Charakter von kleineren Einheiten – einem Miteinander – bewahrt hat und dieser Atmosphäre der Anonymität von wirklichen Großstädten entkommen ist.

Tokio ist heute eine Stadt mit 38 Millionen Einwohnern, Jakarta hat 34 Millionen, Delhi 29 Millionen, Manila und Mumbai 23 Millionen, Chongqing – eine Stadt, von der man kaum etwas weiß – 30 Millionen, Schanghai hat 22 Millionen Einwohner. Das sind Größenordnungen, die einen schon sehr nachdenklich machen, die deutlich unter Beweis stellen, mit welchen neuen Herausforderungen wir es hier zu tun haben und wie sich das städtische Leben und die Gestaltung des urbanen Raums in den nächsten Jahren verändern werden.

Wir haben es hier mit völlig neuen Begriffen zu tun – dem Begriff der Megastadt, des megaurbanen Raums –, sie betreffen uns nicht wirklich, aber dennoch stellen sich einige Probleme auch im kleineren Rahmen. Es sind Probleme der Nachhaltigkeit, der Grundversorgung, des Verkehrs, der Bildung, Probleme der Segregation, der Armut, der Auswirkungen massiver Wanderungsbewegungen.

Im Rahmen der Europäischen Union ist Wien nicht nur die fünftgrößte Stadt, sondern auch ein starker politischer Akteur. Wien agiert nicht nur als Stadt in allen relevanten Programmen, sondern auch als Land im Ausschuss der Regionen. Wien ist gleichzeitig auch eine der diversesten Städte der Europäischen Union: 13 Prozent unserer Bevölkerung sind EU-Bürgerinnen und -Bürger, 17 Prozent Drittstaatsangehörige. Das ist ein demografischer Faktor, widerspiegelt aber auch wirtschaftliche und kulturelle Vernetzungen, Diversität und Vielfalt als Reichtum und Bereicherung unserer Gesellschaft und unserer Kulturen.

Seit 1995 ist Wien auch Mitglied von Eurocities, dem größten Netzwerk europäischer Großstädte. Es ist ein ganz wichtiges Werkzeug zur Positionierung und zur Vertretung der Städte auf europäischer Ebene, aber auch zur Erarbeitung gemeinsamer Programme, gemeinsamer Projekte und gemeinsamer Strategien. Wien ist in diesem Zusammenhang besonders aktiv

in den Bereichen Public Services, Housing and Homelessness, also Wohnbau, und in der Nachbarschaftspolitik. Das entspricht der Geschichte, der Gegenwart und auch unserer Geografie.

Insgesamt zählt die Europäische Union zu den am stärksten verstädterten Regionen der Welt. Über 70 Prozent der europäischen Bürger leben in einem städtischen Gebiet und der globale Trend spiegelt sich daher auch auf der europäischen Ebene wider. Die Entwicklung städtischer Gebiete hat daher einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige nachhaltige Entwicklung der Union selbst und ihrer Bürgerinnen und Bürger – wirtschaftlich, ökologisch und eben auch sozial.

Die immer komplexeren Herausforderungen brauchen lokale, aber auch regionale Strategien und sie brauchen überregionale, das heißt europäische Strategien. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer Städteagenda für die Europäische Union, die sich im sogenannten Pakt von Amsterdam von 2016 niedergeschlagen hat. Der Pakt von Amsterdam verbrieft eine stärkere Verankerung der städtischen Dimension in der Politik der Europäischen Union und wird als fortlaufender Prozess definiert, der sich ununterbrochen ändert und an neue Gegebenheiten anpasst.

Ich weiß, dass es im Moment ein bisschen heikel ist: Auch die UNESCO hat sich sehr mit den Problemen der Städte beschäftigt und der Herr Landtagspräsident hat mir gerade sein UNESCO-Archiv in seinem Büro gezeigt, das schon gewaltige Dimensionen angenommen hat. Ich erlaube mir aber trotzdem den Hinweis, dass eben nicht nur die EU, sondern auch die UNESCO sich dieses Themas angenommen hat.

Musikalische Umrahmung durch das Ensemble Saitenluft

Es gibt eine eigene UNESCO Cities Platform mit einer New Urban Agenda, die sich besonders mit dem Problem der Nachhaltigkeit beschäftigt, wofür ja die UNESCO als die Leadorganisation in der Umsetzung der Entwicklungsziele verantwortlich ist. Sie hat auch, und das ist ein sehr interessanter Aspekt, den Begriff der Urban Landscape geprägt und beschäftigt sich unter diesem Titel mit der Vereinbarkeit von großen urbanen Konglomeraten mit historischen Kernen und mit der besonderen Verantwortung gegenüber den historischen Zentren.

Ich erlaube mir zu guter Letzt noch einen Hinweis: Es ist die Donau fast ein Synonym für Wien, Wien ist ohne die Donau eigentlich nicht zu denken und Donau und Wien gehören zusammen, ein quasi automatisches Begriffspaar. Ich selbst habe noch in meiner Tätigkeit im Außenministerium, als ich als Sektionsleiterin für europäische Integration zuständig war, eine Donauraumkooperation ins Leben gerufen und ich freue mich sehr, dass diese Donaustrategie, die wir damals im Jahr 2000 begonnen haben, jetzt eine EU-Strategie geworden ist.

Sie betrifft den Lebensraum von 118 Millionen Menschen in 14 Staaten und Wien kommt in diesem Prozess eine bedeutende Koordinationsrolle zu. Ich erinnere an die Worte von Bürgermeister Seitz, die ich eingangs zitiert habe, über die historische Verantwortung Wiens auch gegenüber dem europäischen Osten und Südosten als kulturelles und politisches Zentrum und als Einfallstor für die Kontakte zum westlichen Europa.

In diesem Sinne einen herzlichen Glückwunsch zu dieser denkwürdigen Entscheidung. Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben und ich wünsche der Stadt Wien für die kommenden Herausforderungen alles, alles Gute. Danke.

Dr.in Barbara Steininger (Leiterin der Landtags- und Gemeinderatsdokumentation im Wiener Stadt- und Landesarchiv)

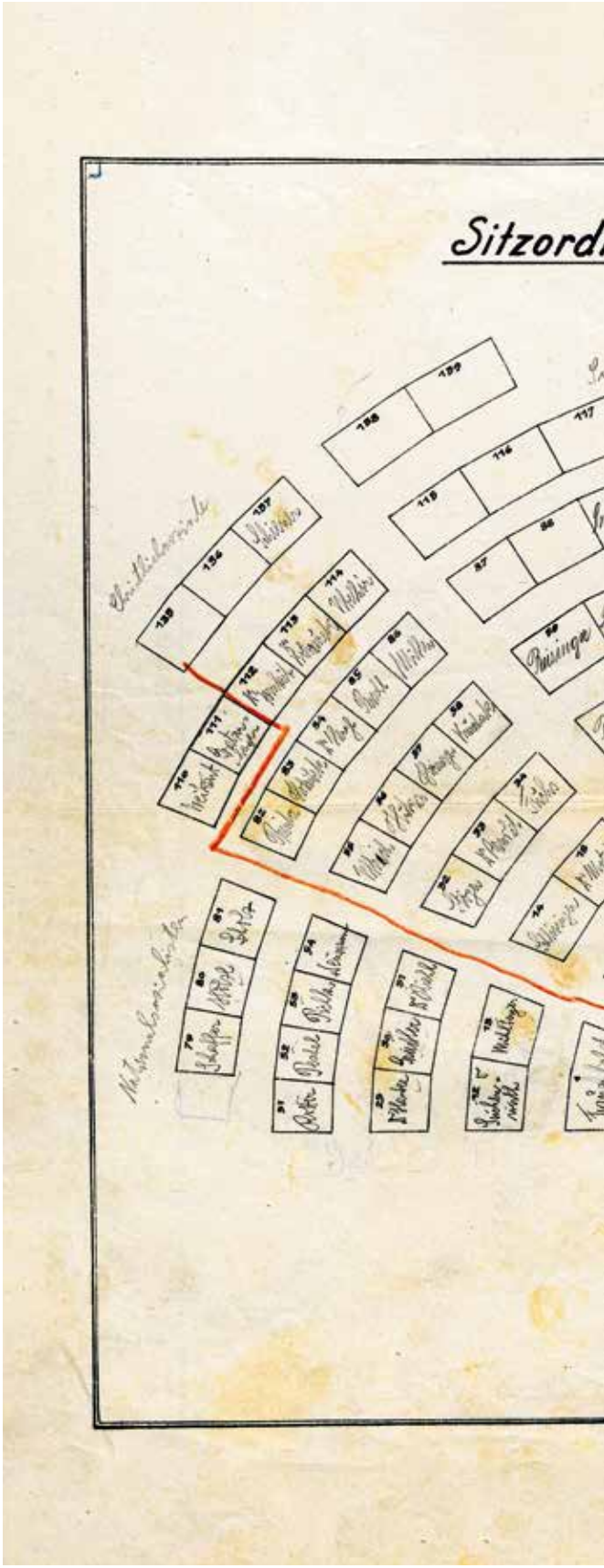
Der Wiener Landtag – eine Zeitreise 1920–2020

Der Wiener Landtag in der Ersten Republik

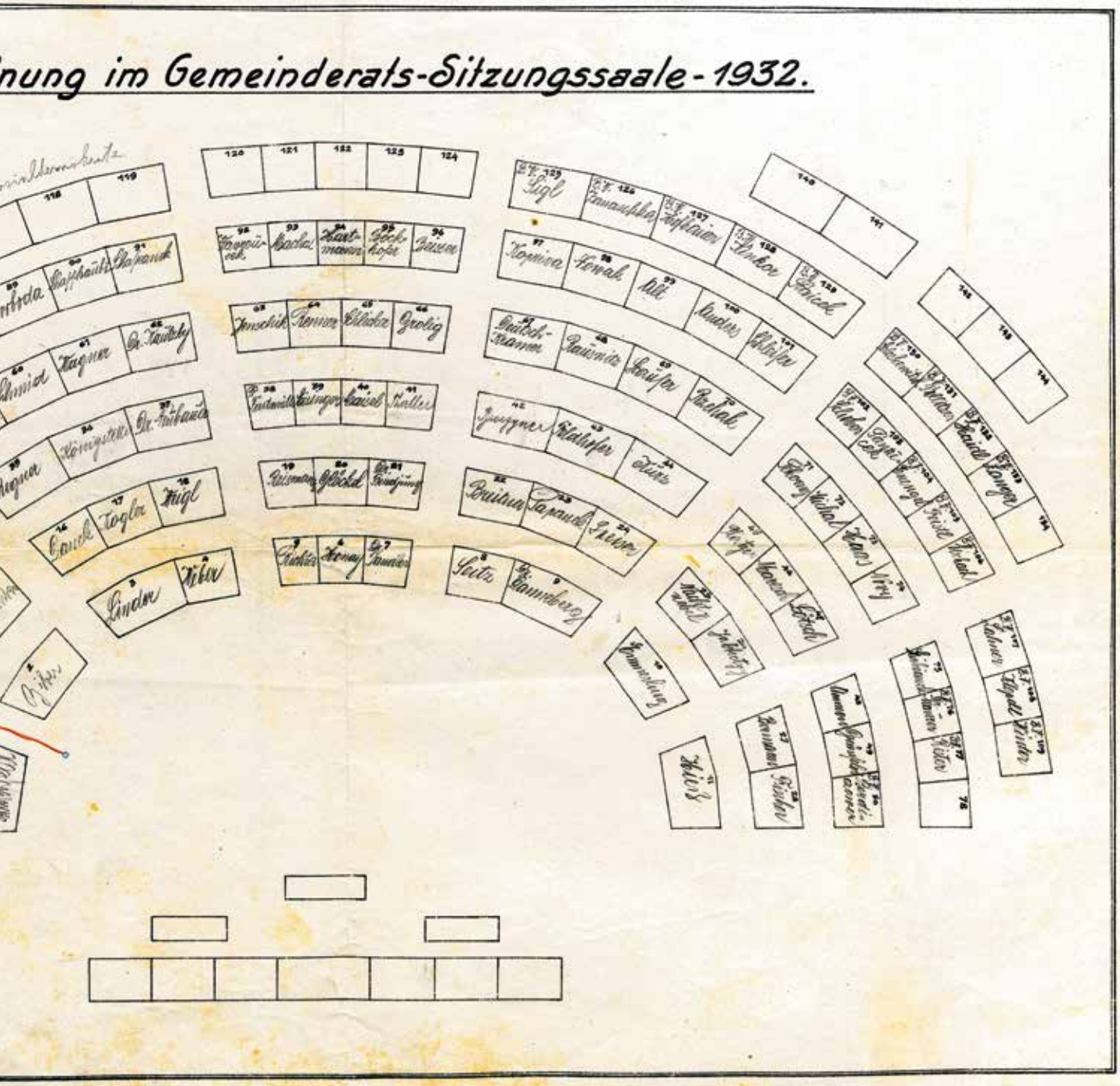
Bis 1918 war Wien Haupt- und Residenzstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Hauptstadt des Kronlandes Niederösterreich. Der Wiener Gemeinderat war daher in etlichen Fragen von der Zustimmung des Niederösterreichischen Landtages abhängig. Nachdem die Bundesverfassung 1920 ein künftiges Bundesland Wien vorsah, wurde als Übergangslösung neben dem Niederösterreichischen Landtag und dem Wiener Landtag noch ein Gemeinsamer Landtag geschaffen, er existierte bis Dezember 1921.

Am 10. November 1920 konstituierte sich der Wiener Gemeinderat als Landtag und beschloss die Vorlage einer Verfassung der Bundeshauptstadt Wien. Der Abschluss des Trennungsprozesses war das sogenannte Trennungsgesetz vom 29. Dezember 1921, das vom Landtag Niederösterreich Land und vom Wiener Landtag gleichlautend beschlossen wurde. Es trat am 1. Jänner 1922 in Kraft.

„Demokratie kann sich nicht dadurch verteidigen, dass sie sich selbst aufgibt.“
Hans Kelsen



Sitzplan des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates 1932. Der rote Strich markiert die Aufteilung der Sitze zwischen Nationalsozialisten und Christlich-Sozialen.
Wiener Stadt- und Landesarchiv, H.A.-Akten B, A1: B 978


nung im Gemeinderats-Sitzungssaale - 1932.

100 Jahre Wiener Landtag

Die Zusammensetzung des Wiener Landtages 1920 basierte auf den Ergebnissen der Gemeinderatswahl 1919. Jakob Reumann wurde in diesem Jahr Bürgermeister und in der Folge Landeshauptmann. Damit begann die sozialdemokratische Ära in Wien.

Die Anzahl der Mitglieder des Wiener Landtages und Gemeinderates wurde 1923 von 165 auf 120 reduziert. Die Funktionsperiode dauerte fünf Jahre. Das Urteil im Schattendorf-Prozess und der Brand des Justizpalastes vertieften auch die Trennlinien der politischen Parteien auf der Wiener Ebene. Bei der Landtags- und Gemeinderatswahl 1927 verhärtete sich die Blockbildung. 1931 wurde die Verfassung der Stadt Wien geändert und die Zahl der Mitglieder des Landtages und Gemeinderates von 120 auf 100 herabgesetzt.

Bei der Landtags- und Gemeinderatswahl 1932 konnte die SDAP ihren Mandatsstand von 66 Mandaten halten. Die Christlichsoziale Partei erhielt 19 Prozent der Stimmen und verlor damit fast die Hälfte ihrer bisherigen Mandate an die Nationalsozialisten, die mit 17,4 Prozent der Stimmen und 15 Mandaten in den Landtag und Gemeinderat einzogen. Durch das Verbot jeder Betätigung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) durch Bundeskanzler Dollfuß verloren sie 1933 ihre Mandate im Wiener Landtag beziehungsweise Gemeinderat. Die letzte Sitzung des Wiener Landtages fand am 26. Jänner 1934 statt. Nachdem Bundeskanzler Dollfuß bereits 1933 die parlamentarische Demokratie auf Bundesebene beseitigt hatte, endete im Februar 1934 die demokratische Periode auch auf Wiener Ebene gewaltsam.

Mandatsverteilung im Wiener Gemeinderat ab 1919 und Wiener Landtag von 1920 bis 1932

Politische Partei	Jahr der Wahl			
	1919	1923	1927	1932
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	100	78	78	66
Christlichsoziale Partei	50	41	–	19
Deutschnationale Partei, Nationaldemokratische Partei	3	–	–	–
Vereinigte demokratische Parteien Wiens	1	–	–	–
Partei der sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken	8	–	–	–
Jüdischnationale Partei (1919)[1]	3	1	–	–
Einheitsliste[2]	–	–	42	–
Nationalsozialistische Arbeiterpartei	–	–	–	15
Insgesamt[3]	165	120	120	100

1. 1923 Jüdische Partei
2. Zusammenschluss von Christlichsozialer Partei, Großdeutscher Volkspartei, Mittelständischer Volkspartei sowie der Riehl-und Schulz-Gruppe der NSDAP. Die meisten Mandate besetzten 1927 Personen aus der Christlichsozialen Partei.
3. Die Gesamtanzahl der Mandate änderte sich in diesem Zeitraum dreimal.

Quelle: Maren Seliger/Karl Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932. Wien 1984

Die Bürgerschaft: Scheinparlament in Wien im autoritären „Ständestaat“ – Austrofaschismus 1934–1938

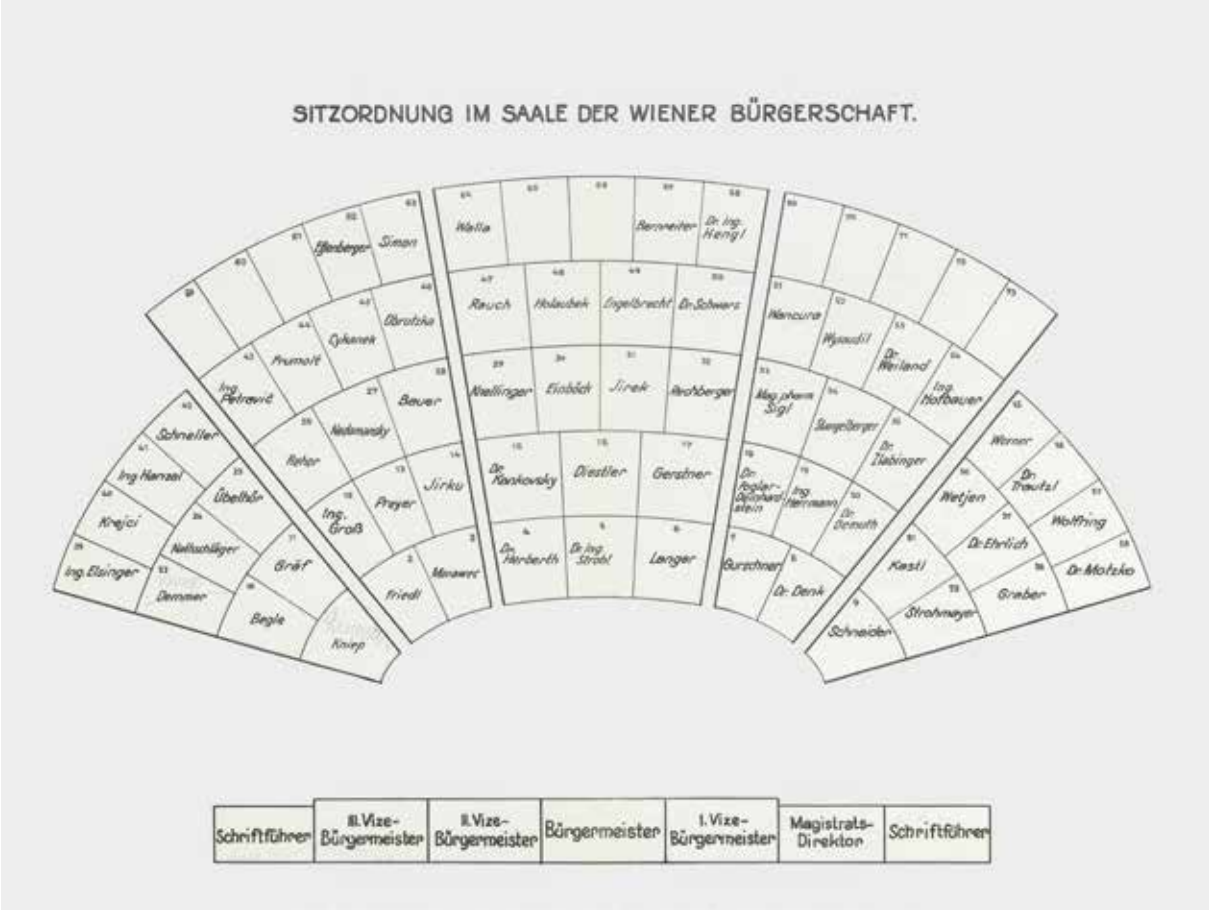
Am 12. Februar 1934 wurde das Rathaus besetzt, Bürgermeister Seitz wurde verhaftet und der Landtag und Gemeinderat wurde aufgelöst. Durch die Verordnungen eines von Bundeskanzler Dollfuß neu eingesetzten Bundeskommissärs wurde eine neue Stadtverfassung und die „Wiener Bürgerschaft“ als „Vertretung“ oktroyiert. Die Mitglieder der Bürgerschaft wurden nicht gewählt, sondern durch den Bürgermeister berufen und konnten durch ihn auch wieder abberufen werden.

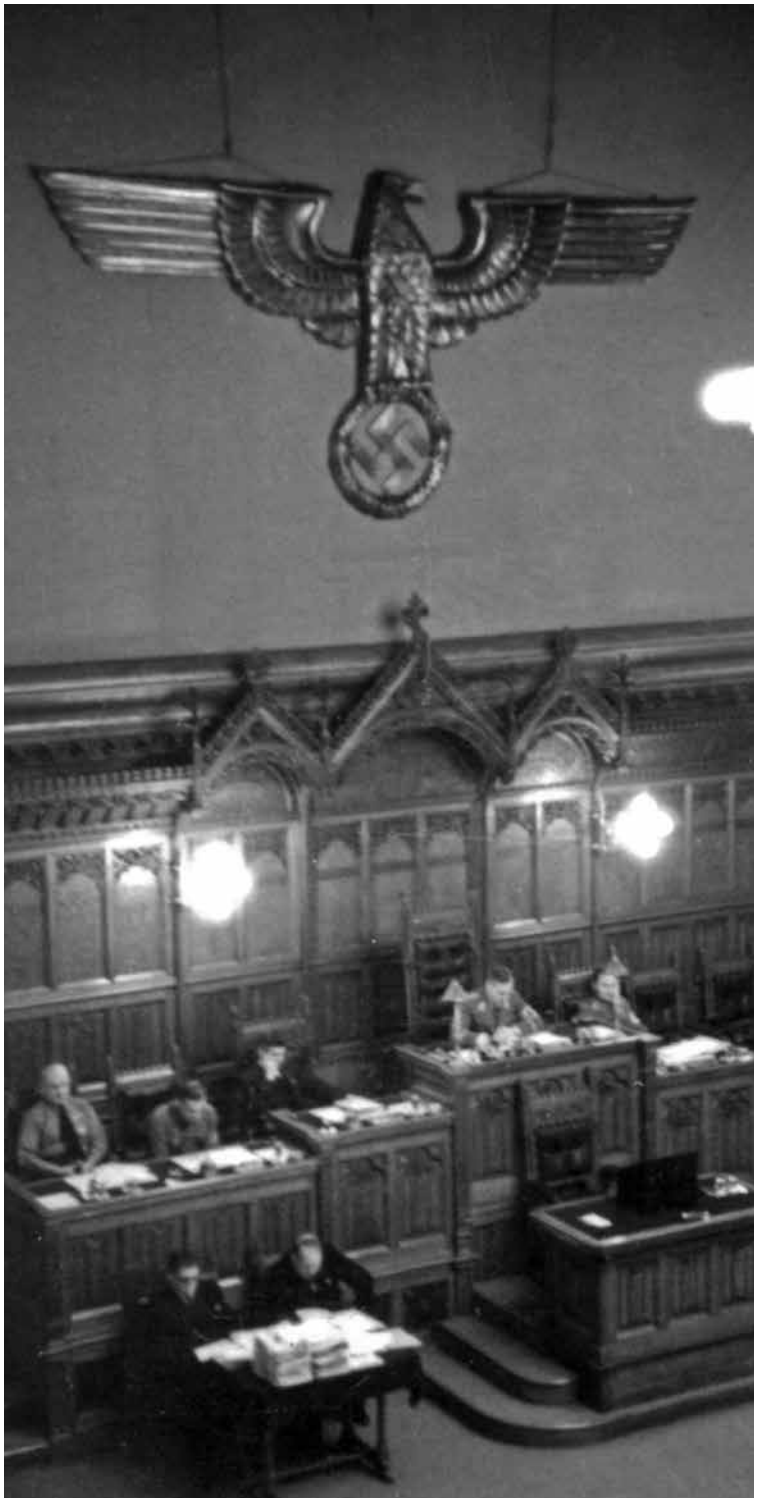
Die Bürgerschaft bestand aus 64 Räten. Davon 52 Personen aus folgenden Berufsständen: je zwölf aus Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, vier aus Landwirtschaft, Geld- und Kreditwesen, Freien Berufen und öffentlichem Dienst. Zwölf Personen stammten aus kulturellen Gemeinschaften (Religionsgemeinschaften, Kunst, Wissenschaft, Schul-, Erziehungs- und Bildungswesen). In der Bürgerschaft gab es auch einige Frauen unter den Räten.

Die Bürgerschaft trat am 17. Mai 1934 erstmals zusammen. Das Plenum tagte öffentlich und nicht öffentlich, wobei die nicht öffentlichen Sitzungen überwogen. Grundsätzlich wurde in öffentlichen Sitzungen nicht debattiert. Ausnahmen waren hierbei lediglich die Budgetverhandlungen. Die Beschlüsse der Bürgerschaft bedurften immer der Zustimmung des Bürgermeisters, Kontrollrechte gab es keine, Anfragen wurden selten gestellt und wenn, dann nur in nicht öffentlichen Sitzungen oder Ausschusssitzungen.

Im März 1938 wurde die Bürgerschaft von den Nationalsozialisten aufgelöst.

Sitzplan der Wiener Bürgerschaft, Wiener Stadt- und Landesarchiv , Bürgerschaft, B 12:1





Zweite Sitzung der Ratsherren am 20. November 1939,
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotosammlung allgemein, FC1: C 198

Die Ratsherren: Scheinvertretung in Wien im Nationalsozialismus 1939–1945

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 bildeten das Ostmarkgesetz und die Deutsche Gemeindeordnung die rechtlichen Grundlagen. Wien wurde zu einem nicht rechtsfähigen Verwaltungsbezirk des „Deutschen Reiches".

Die Institution der „Ratsherren" wurde 1939 eingerichtet, sie bestand für Wien aus 45 Männern, die vom Reichsstatthalter auf sechs Jahre ernannt wurden. In der Deutschen Gemeindeordnung war neben den Berufungsvoraussetzungen für die Ratsherren wie „nationale" Gesinnung und Staatsangehörigkeit „deutschen oder artverwandten Blutes" auch von „verdienten und erfahrenen Männern" die Rede.

Mehr als 50 Prozent der Ratsherren hatten höhere Parteifunktionen in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) oder deren Gliederungen vorzuweisen. Die Parteifunktionäre waren überwiegend „Alte Kämpfer", was bedeutet, dass sie der NS-Bewegung bereits vor dem Verbot der Partei im Jahr 1933 beigetreten waren.

Neben diesen Parteivertretern wurden auch selbständige Unternehmer, leitende Manager und Gewerbetreibende, die jeweils auch höchste Funktionen in den Kammern und Bezirksgruppen für Industrie, Großhandel, Banken, Versicherungen und Handwerk innehatten, zu Ratsherren berufen. Neben dem Reichsnährstand waren fünf Ratsherren aus den Bereichen NS-Wissenschaft und NS-Kultur vertreten.

Die Ratsherren hatten nur eine beratende Funktion. Es wurden öffentliche und vertrauliche (nicht öffentliche) Sitzungen im ehemaligen Landtags- und Gemeinderatssitzungssaal abgehalten, der in der NS-Terminologie abwertend als „Ratsstube" bezeichnet wurde.

Fünfte Sitzung der Ratsherren am 10. August 1940, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotosammlung allgemein, FC1: C 228

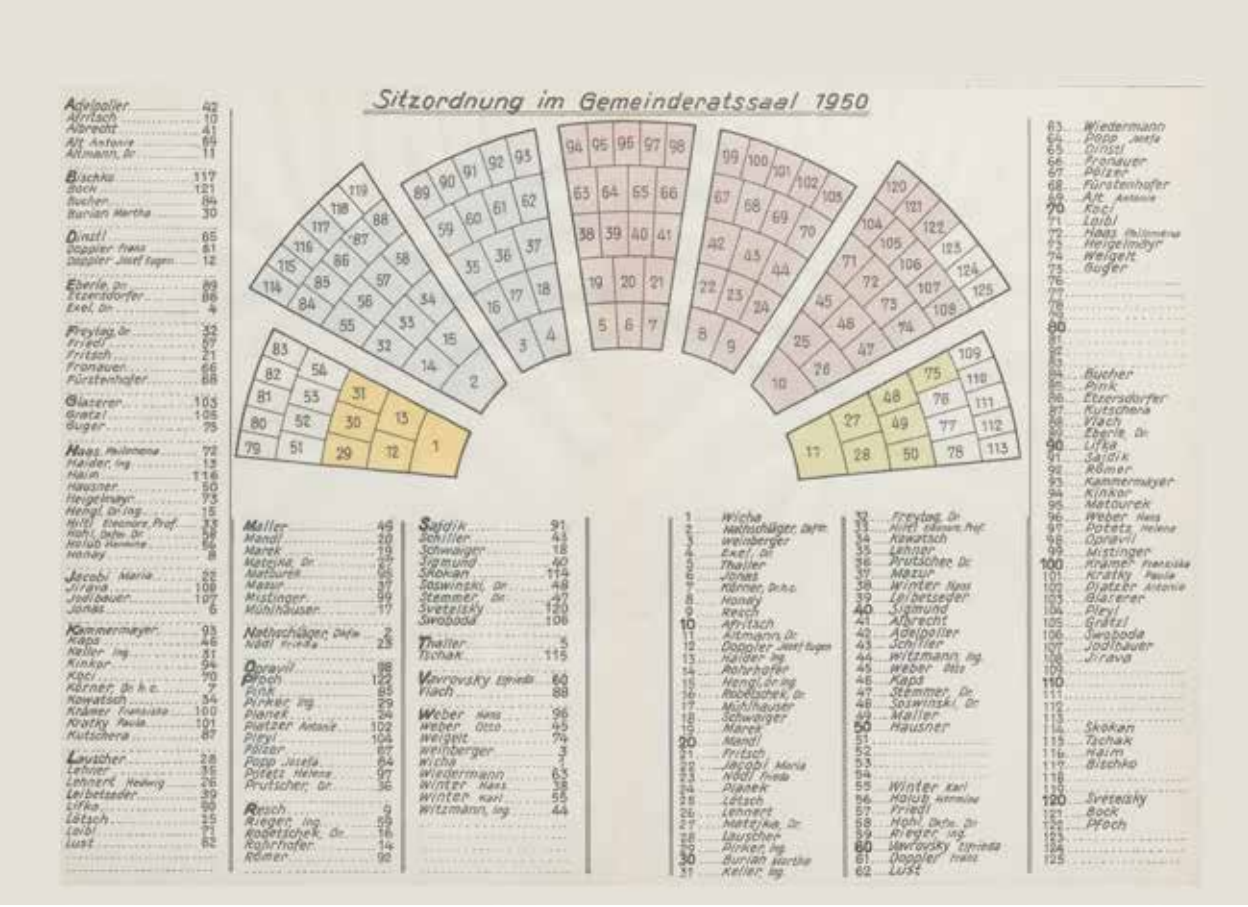
100 Jahre Wiener Landtag

Neubeginn in der Zweiten Republik

Nach der Befreiung Wiens durch die sowjetischen Truppen im April 1945 bestellte der Stadtkommandant von Wien, Generalleutnant Blagodatow, auf Grund der Vorschläge von SPÖ, KPÖ und ÖVP eine provisorische Gemeindeverwaltung für die Stadt Wien. Theodor Körner (SPÖ) wurde Provisorischer Bürgermeister von Wien. Zu seinen Stellvertretern wurden Leopold Kunschak (ÖVP) und Karl Steinhardt (KPÖ) ernannt.

Am 25. November 1945 fanden sowohl die Wahlen für den Nationalrat, für die Landtage als auch für den Wiener Gemeinderat statt, was sich auch positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkte, die bei 89,73 Prozent lag. Der Wiener Stadtsenat setzte die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Landtages und Gemeinderates mit 100 fest. Die Wahl erfolgte im Unterschied zu früher nicht nach Bezirken, sondern nach sieben Wahlkreisen. Die Wahlkreise wurden auf Grund einer mit dem Land Niederösterreich getroffenen Verein-

Festsitzung des Gemeinderates. Verabschiedung von Bürgermeister Theodor Körner am 20. Juni 1951. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Foto des Presse- und Informationsdienstes, FC1: 51174



Sitzplan des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates 1950. Gelb die Abgeordneten der Wahlpartei der Unabhängigen (WdU), blaugrau ÖVP, rot SPÖ und grün KPÖ. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Hauptarchiv-Akten-Reihe B, A1: 988

barung auf das künftige, verkleinerte Gebiet abgegrenzt.

Am 13. Dezember 1945 fand die konstituierende Sitzung des Wiener Landtages statt, Vorsitzender war Leopold Kunschak als ältester Abgeordneter des Hauses. Er begrüßte unter anderem auch „die zur Sitzung erschienenen Vertreter der Alliierten Mächte" (Wörtliches Protokoll der Sitzung des Wiener Landtages vom 13. Dezember 1945).

Sitzung des Wiener Landtages vom 3. April 1952. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse- und Informationsdienstes, FC1: 5284/3

Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien 1945–2020

In Wien finden Landtagswahlen statt, die zugleich auch Gemeinderatswahlen sind. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind die Wiener Stadtverfassung und die Gemeinderatswahlordnung. Darin ist festgelegt, dass die Abgeordneten zum Wiener Landtag beziehungsweise die Mitglieder des Wiener Gemeinderates für die Dauer von fünf Jahren gewählt werden. Die Wahl zum Wiener Landtag erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Um in den Wiener Landtag einziehen zu können, muss eine Partei einen Stimmenanteil von mindestens fünf Prozent erreichen. Als einer der ersten Landtage beschloss der Wiener Landtag am 13. Dezember 2002, dass in Wien bei Landtags- und Gemeinderatswahlen bereits 16-Jährige das aktive und 18-Jährige das passive Wahlrecht haben sollen. Erstmals wahlberechtigt waren die 16-Jährigen in Wien bei den Wahlen vom 23. Oktober 2005. 2007 wurde die Briefwahl im Wiener Landtag beschlossen.

Gemeinderatswahlen am 8. November 1987. Wahlzentrum im Rathaus. Erste Reihe von rechts: Bürgermeister Dr. Helmut Zilk (SPÖ), Dr. Erhard Busek (ÖVP), Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ), Dr.in Friedrun Huemer (Alternative Liste Wien; damaliger Name der Grünen). Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse- und Informationsdienstes, FC1: C 50777.1

Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahl vom 27. April 1969. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse- und Informationsdienstes, FC1: 69263, 23

Mandatsverteilung im Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat 1945–2020

Wahljahr	Mandate								
	SPÖ	ÖVP	FPÖ[1]	GRÜNE[2]	LIF[3]	NEOS	KPÖ[4]	DFP[5]	insgesamt
1945	58	36	–	–	–	–	6	–	100
1949	52	35	6	–	–	–	7	–	100
1954	59	35	–	–	–	–	6	–	100
1959	60	33	4	–	–	–	3	–	100
1964	60	35	3	–	–	–	2	–	100
1969	63	30	4	–	–	–	–	3	100
1973	66	31	3	–	–	–	–	–	100
1978	62	35	3	–	–	–	–	–	100
1983	61	37	2	–	–	–	–	–	100
1987	62	30	8	–	–	–	–	–	100
1991	52	18	23	7	–	–	–	–	100
1996	43	15	29	7	6	–	–	–	100
2001	52	16	21	11	–	–	–	–	100
2005	55	18	13	14	–	–	–	–	100
2010	49	13	27	11	–	–	–	–	100
2015	44	7	34	10	–	5	–	–	100
2020	46	22	8	16	–	8	–	–	100

Fußnoten:

1) 1949 bis 1954 Verband der Unabhängigen (VdU) bzw. Wahlpartei der Unabhängigen (WdU), ab 1959 FPÖ. 2005 spalteten sich 8 Abgeordnete vom FPÖ-Klub ab und bildeten den Klub BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich). Abspaltung von 3 Mandataren, später insgesamt 4 Mandatare von der FPÖ und Gründung Die Allianz für Österreich (DAÖ) im Dezember 2019, Umbenennung in Team HC Strache – Allianz für Österreich im Mai 2020.

2) 1991 Grüne Alternative Wien (Grüne Wien).

3) 1996 bis 28. 8. 2000 Liberales Forum, ab 29. 8. 2000 Liberaler Landtagsklub .

4) 1949 und 1959 Kommunisten und Linkssozialisten (Linksblock) (KLS), 1954 Wahlgemeinschaft Österreichische Volksopposition (VO).

5) Demokratische Fortschrittliche Partei – Wahlgemeinschaft Franz Olah.

Quellen:

Rauchenberger 1994 sowie Historische Wiener Wahlergebnisse
https://www.wien.gv.at/politik/wahlen/wahlergebnisse.html

Der Wiener Landtag – Organisation und Funktionen

PRÄSIDIALKONFERENZ DES LANDTAGES
In der Präsidialkonferenz werden die Sitzungen des Landtages im Hinblick auf Termine und Zeitpläne vorbereitet. Hier wird die Reihenfolge der Geschäftsstücke für die kommende Sitzung festgelegt.

PRÄSIDENTINNEN UND PRÄSIDENTEN DES LANDTAGES
Der Landtag wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder die/den Erste/n, Zweite/n und Dritte/n Präsidentin/Präsidenten. Eine der Hauptaufgaben der Präsidentinnen und Präsidenten ist die Leitung der Sitzungen des Landtages, dabei hat sie/er für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen.

FRAKTIONEN IM WIENER LANDTAG
Die Klubs des Gemeinderates sind auch Klubs des Landtages. Die Bildung von Klubs ist notwendig, weil fast alle Aktivitäten – wie zum Beispiel das Einbringen von Gesetzesentwürfen oder Anfragen und Anträgen – eine Zusammenarbeit von Abgeordneten voraussetzt. In den Fraktionen im Wiener Landtag findet die parteiinterne Willensbildung statt. Hier werden auch die Reden sowie die einzelnen Anfragen und Anträge der Abgeordneten koordiniert.

AUSSCHÜSSE
Die vom Gemeinderat eingerichteten Ausschüsse sind auch Ausschüsse des Landtages. Zusätzlich wählt der Landtag für die Dauer der jeweiligen Gesetzgebungsperiode einen Unvereinbarkeitsausschuss, ein Immunitätskollegium und einen Ständigen Ausschuss.

IMMUNITÄT
Als Landtagsabgeordnete genießen die gewählten Mandatarinnen und Mandatare Immunität, über eine etwaige Auslieferung entscheidet der Landtag, die Vorberatung obliegt dem Immunitätskollegium.

GESETZGEBUNGSFUNKTION
Dem Wiener Landtag steht das ausschließliche Gesetzgebungsrecht für die einfache Landesgesetzgebung wie auch für die Landesverfassungsgesetzgebung in Wien zu.

KONTROLLFUNKTION
Im Landtag werden politische Themen öffentlich debattiert. Zentral ist dabei die Möglichkeit, Anträge und Anfragen einbringen zu können. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist ein Minderheitenrecht.

WAHLFUNKTION
Der Landtag wählt neben den drei Präsidentinnen und Präsidenten des Landtages die Mitglieder sowie die Ersatzmitglieder des Bundesrates und die Mitglieder der verschiedenen landesparlamentarischen Ausschüsse.

ÖFFENTLICHKEIT
Landtagssitzungen sind öffentlich. Sie können von allen Interessierten besucht werden. Seit vielen Jahren werden die Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates auch live im Internet übertragen.

Frauen im Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat

Politik war lange Zeit „Männersache". Im Dezember 1918 erhielten alle Frauen in Österreich das Wahlrecht. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Wiener Landtag und Gemeinderat lag in der Ersten Republik zwischen sieben und 15 Prozent. In der Scheinvertretung der Bürgerschaft (1934–1938) waren vier Frauen Mitglied. In der Scheinvertretung während der NS-Diktatur waren keine Frauen in der Institution der Ratsherren.

Bei der ersten Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl in der Zweiten Republik im November 1945 wurden 14 Frauen gewählt (zwölf von der SPÖ, zwei von der ÖVP). Weder die KPÖ noch die Demokratische Fortschrittliche Partei (Franz Olah) hatten weibliche Mandatare. Die Wahlpartei der Unabhängigen (1949) war mit einer Frau im Klub vertreten, für die FPÖ zogen erst 1987 erstmals Frauen in den Wiener Landtag ein.

Amalia Resnicek (SPÖ),
erste weibliche Vorsitzende des Wiener Gemeinderates 1946–1949. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse und Informationsdienstes, FC1: 46173

Antonie Alt (SPÖ),
GR und LAbg 1932–1934 und 1945–1954. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse und Informationsdienstes, FC1: 46152

Helene Potetz (SPÖ),
GR und LAbg 1945–1967. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse und Informationsdienstes, FC1: 59335, 1

Als die Grünen 1991 mit sieben Mandaten einzogen, waren vier weiblich. Im Liberalen Forum waren drei der insgesamt sechs Abgeordneten Frauen. 2015 zogen fünf Abgeordnete der NEOS in den Landtag, davon zwei Frauen.

Die erste Frau als Erste (1973) und als Zweite (1969) Landtagspräsidentin war Maria Hlawka (SPÖ). Die erste Frau in der Funktion der Dritten Landtagspräsidentin war 1959 Helene Potetz (SPÖ).

Als erste Frau hielt die sozialdemokratische Abgeordnete Amalie Seidel im Wiener Landtag am 3. Dezember 1920 eine Rede. Thema war ein Gesetzesentwurf über die Einhebung von Kanzleigebühren (Wörtliches Protokoll des Gemeinderates der Stadt Wien als Landtag vom 3. Dezember 1920).

Rudolfine Muhr (SPÖ),
GR und LAbg 1945–1949.
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse und Informationsdienstes, FC1: 46143

Johanna Dohnal (SPÖ),
GR und LAbg 1973–1979.
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse und Informationsdienstes, FC1: 73221, 2

Nora Hiltl (ÖVP),
GR und LAbg 1945–1969.
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse und Informationsdienstes, FC1: 54455, 2

RednerInnenliste der 19. Landtagssitzung vom 29. September 2017.
Foto: Christian Jobst, PID

Erster Präsident des Wiener Landtages Ernst Woller und Bürgermeister Dr. Michael Ludwig in einer Landtagssitzung. Foto: Christian Jobst, PID

Uhr im Sitzungssaal des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates.
Foto: Christian Jobst, PID

Zugang zur BesucherInnengalerie des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates. Foto: Christian Jobst, PID

Der Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat – öffentlich, transparent, digital

Landtage sind Institutionen, in denen die Entscheidungsfindung im Plenum öffentlich von allen Fraktionen und auch von den Mitgliedern der Landesregierung dargelegt werden kann. Die Plenarsitzungen des Wiener Landtages sind öffentlich zugänglich und können von der BesucherInnengalerie mitverfolgt werden. Die Sitzungen sind auch im Livestream auf wien.gv.at online abrufbar.

In der Informationsdatenbank des Wiener Landtages und Gemeinderates (INFODAT WIEN)

Glocke für die PräsidentInnen des Wiener Landtages.
Foto: Christian Jobst, PID

BesucherInnengalerie des Sitzungssaales des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates. Foto: Christian Jobst, PID

www.wien.gv.at/infodat sind Sitzungen samt Debattenbeiträgen, Dokumenten und Protokollen seit den 80er-Jahren online abrufbar. Seit Februar bzw. März 2020 sind die Videos der Debatten beim jeweiligen Debattenbeitrag in der Infodat online abrufbar – bereits während der Sitzung. Derzeit stehen 75.000 Beschlüsse, Anfragen usw. zur Auswahl. Dabei gibt es jede Menge Suchkriterien (vom Abstimmungsverhalten der Klubs über Personen, Schlagworte bis zu Wahlperioden). Das aktuellste Schlagwort lautet „Coronavirus".

Die digitale Aufbereitung ermöglicht auch Recherche im Bereich der Biographien der Wiener Landtagsabgeordneten seit 1920, diese finden sich in POLAR – Wiener Politikerinnen und Politiker https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/index.html. So spiegeln die Biographien auch die Ereignisse der jeweiligen Zeitspanne wider und sind „einfach zum Nachdenken". Aussagekräftig sind manchmal auch die Sterbeorte der Landtagsabgeordneten seit 1920. Der Buchstabe H ist dabei besonders vielfältig: Haifa, Hamburg, Hannover, Hinterbrühl bei Mödling, Hohenruppersdorf, Hollabrunn, Hollywood.

Auf der Webseite des Wiener Landtages www.wien.gv.at/politik/landtag/index.html finden sich Informationen wie z. B. die Aufgaben des Wiener Landtages, die Sitzungstermine, die Rathauskorrespondenz und aktuelle Gesetzesentwürfe im Begutachtungsstadium.

Grundlegende und vielfältige Informationen finden sich im Wien Geschichte Wiki, https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Bundesland_Wien, so unter anderem zur Geschichte des Bundeslandes Wien.

Seit Bestehen des Wiener Landtages hat sich nicht nur der Zugang zur Institution geändert, auch die mediale Berichterstattung durch Printmedien, Rundfunk und Fernsehen bis zur Berichterstattung im Internet hat sich weiterentwickelt. Dazu kommt noch die Rolle der sozialen Medien.

Der Wiener Landtag, der Wiener Gemeinderat und die Europäische Union

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 wird EU-Recht sowohl vom Nationalrat als auch von den Landtagen umgesetzt, je nachdem, in wessen Kompetenz eine Gesetzesmaterie fällt.

DIE EU IN MEINER WOHNUNG
Viele Gesetze, die im Wiener Landtag beschlossen werden, sind Umsetzungen von EU-Richtlinien, so auch beispielsweise das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz. Davon sind alle betroffen, die eine „Feuerungsanlage" (zumeist eine Gastherme) besitzen und dieses Gerät regelmäßig überprüfen lassen müssen. Dadurch sollen Kohlenmonoxid-Vergiftungen vermieden werden.

EUROPÄISIERUNGSGRAD DER LANDESGESETZGEBUNG
Wie hoch der Europäisierungsgrad der Landesgesetzgebung tatsächlich ist, zeigen folgende Zahlen aus der Informationsdatenbank des Wiener Landtages und Gemeinderates: Im Gesamtzeitraum von 1. Jänner 1995 bis 1. Oktober 2020 wurden im Wiener Landtag insgesamt 747 Gesetzesentwürfe eingebracht, von denen 35 Prozent mit der Umsetzung von EU-Recht im Zusammenhang stehen (Quelle: Infodat Wien).

GEMEINDERATSAUSSCHUSS FÜR EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN
Um der Europäisierung der kommunalen und regionalen Ebene in Wien Rechnung zu tragen, wurde am 25. November 2010 der Gemeinderatsausschuss für Europäische und Internationale Angelegenheiten eingerichtet.

REDERECHT DER EU-ABGEORDNETEN
Die Verbindung zwischen der Europäischen Ebene und der Wiener Landesebene wurde 2011 durch den Antrag, den Abgeordneten zum Europäischen Parlament ein Rederecht im Wiener Landtag zu ermöglichen, verstärkt. Am 27. Jänner 2012 wurde dieses Rederecht erstmals in Anspruch genommen. Das Rederecht für EU-Parlamentarierinnen und EU-Parlamentarier im Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat gilt für alle österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament und bei Geschäftsstücken, die die Europapolitik unmittelbar betreffen. Damit ist Wien das erste Bundesland Österreichs, das ein echtes Rederecht implementierte.

Der Sitzungssaal des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates als Ort der Geschichte

Der Sitzungssaal des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates war und ist immer wieder zentraler Schauplatz der Wiener Politik. Hier wird debattiert, es werden Stadtverfassungen, Landesgesetze und

NS-Veranstaltung im Dezember 1938 im ehemaligen Sitzungssaal des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates. SA-Männer stehen links und rechts des Redners, an der Wand hängt ein Bild von Adolf Hitler. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotosammlung allgemein, FC1: C 00140/1

Gedenkveranstaltung des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates am 10. März 2008. Foto: Irene Rohrmoser, Media Wien

Vereinbarungen beschlossen und so wird die Grundlagen für das politische System in Wien gelegt. Hier fanden aber auch die Sitzungen der Scheinvertretungen „Bürgerschaft" (Mai 1934 bis März 1938) und „Ratsherren" (Mai 1939 bis März 1945) statt.

In der NS-Diktatur wurde ab 1938 der ehemalige Sitzungssaal auch für weitere Propagandazwecke missbraucht. 70 Jahre später wurde am 10. März 2008 im Sitzungssaal unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Johann Hatzl eine Gedenksitzung des Wiener Landtages und Wiener Gemeinderates abgehalten, bei der der Opfer des NS-Terror-Regimes gedacht wurde. An jenem Platz, an dem 1938 SA-Männer standen, saßen nun die Gastredner Dr. Hubert Jurasek, Prof. Rudolf Sarközi, Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg und die Gastrednerin Irma Trsak als Vertreterinnen und Vertreter verfolgter Gruppen und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer.

Quellen und Literatur:

Wiener Stadt- und Landesarchiv, Landtag, B3/2.Ex. – Wörtliches Protokoll: Sitzung 3. 12. 1920.

Wiener Stadt- und Landesarchiv, Landtag, B3/1.Ex. – Wörtliches Protokoll: Sitzung 13. 12. 1945.

Historische Wiener Wahlergebnisse https://www.wien.gv.at/politik/wahlen/wahlergebnisse.html (29. 10. 2020).

Informationsdatenbank des Wiener Landtages und Gemeinderates (INFODAT WIEN) www.wien.gv.at/infodat (abgerufen am 22. 10. 2020).

POLAR – Wiener Politikerinnen und Politiker https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/index.html (abgerufen am 20. 10. 2020).

Wien Geschichte Wiki: Bundesland Wien https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Bundesland_Wien (abgerufen am 15. 10. 2020).

Kelsen, Hans. Was ist Gerechtigkeit?, 2. Auflage. Wien 1975, Deuticke-Verlag.

Rauchenberger, Josef (Hg.). Stichwort Demokratie, 50 Jahre Zeitgeschehen, Wien 1994, PR-Verlag Wien.

Seliger, Maren. Scheinparlamentarismus im Führerstaat. „Gemeindevertretung" im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Politik und Zeitgeschichte, Band 6, Wien 2010, Lit Verlag

Seliger Maren u. Karl Ucakar. Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932 Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur. Wien 1984, Verlag Jugend und Volk.

Steininger, Barbara. Der Wiener Landtag – das unbekannte Wesen im Mehrebenensystem. In: Ferdinand Opll (Hg.). Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, Band 60, Wien 2004, S. 303–326.

Erste Präsidentinnen und Präsidenten des Wiener Landtages seit 1920

Dr. Robert Danneberg (SDAP)

23. 7. 1885 bis 12. 12. 1942

Amtszeit

26. 11. 1920 bis 25. 11. 1932

Foto: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung

Dr. Johann Neubauer (SDAP, SPÖ)

16. 12. 1884 bis 24. 9. 1971

Amtszeit

16. 12. 1932 bis 12. 2. 1934
13. 12. 1945 bis 5. 12. 1949

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv, media wien

Bruno Marek (SPÖ)

23. 1. 1900 bis 29. 1. 1991

Amtszeit

5. 12. 1949 bis 10. 6. 1965

Foto: Votava

Einige Präsidenten sind während der Wahlperiode zurückgetreten. Das Beginndatum der jeweiligen NachfolgerInnen basiert auf dem Datum der Wahl im Landtag.

Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ)

27. 8. 1909 bis 13. 10. 1984

Amtszeit

10. 6. 1965 bis 23. 11. 1973

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv, media wien

Maria Hlawka (SPÖ)

7. 4. 1914 bis 3. 1. 2005

Amtszeit

23. 11. 1973 bis 13. 11. 1978

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv, media wien

Reinhold Suttner (SPÖ)

31. 10. 1927 bis 21. 10. 2018

Amtszeit

13. 11. 1978 bis 13. 2. 1979

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv, media wien

Hubert Pfoch (SPÖ)

25. 6. 1920 bis 10. 7. 2008

Amtszeit

14. 2. 1979 bis 28. 9. 1984

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv, media wien

Günther Sallaberger (SPÖ)

geboren am 11. 1. 1940

Amtszeit

28. 9. 1984 bis 9. 12. 1987

Foto: Votava

Ing. Fritz Hofmann (SPÖ)

31. 1. 1928 bis 31. 5. 2018

Amtszeit

9. 12. 1987 bis 28. 2. 1991

Foto: ÖNB, Wien SIMP „Hofmann, Fritz"

Eveline Andrlik (SPÖ)

14. 1. 1935 bis 26. 1. 2016

Amtszeit

1. 3. 1991 bis 9. 12. 1991

Foto:
Knoll

Christine Schirmer (SPÖ)

7. 12. 1938 bis 5. 3. 2019

Amtszeit

9. 12. 1991 bis 7. 11. 1994

Foto:
Votava

Ingrid Smejkal (SPÖ)

14. 4. 1941 bis 25. 7. 2017

Amtszeit

7. 11. 1994 bis 29. 11. 1996

Foto:
Willibald Haslinger

Mag.ª Maria Hampel-Fuchs (ÖVP)

geboren am 4. 9. 1940

Amtszeit

29. 11. 1996 bis 27. 4. 2001

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv, media wien

Johann Hatzl (SPÖ)

7. 9. 1942 bis 10. 4. 2011

Amtszeit

27. 4. 2001 bis 29. 10. 2008

Foto: Hubert Dimko

Prof. Harry Kopietz (SPÖ)

geboren am 12.12.1948

Amtszeit

29.10.2008 bis 25.5.2018

Foto: Hubert Dimko

Ernst Woller (SPÖ)

geboren am 2. 3. 1954

Amtszeit

Seit 25. 5. 2018

Foto: PID, Bohmann

Zweite Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten seit 1920 mit Funktionsperiode

Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten	Amtszeit
Prof. Heinrich Schmid (CSP)	26. 11. 1920 bis 13. 11. 1923
Franz Zimmerl (CSP, Einheitsliste)	13. 11. 1923 bis 13. 11. 1930
Dr. Viktor Kolossa (CSP, Einheitsliste)	5. 12. 1930 bis 24. 5. 1932
Leopold Thaller (SDAP, SPÖ)	24. 5. 1932 bis 12. 2. 1934 13. 12. 1945 bis 11. 3. 1949
Bruno Marek (SPÖ)	25. 3. 1949 bis 5. 12. 1949
Karl Mühlhauser (ÖVP)	5. 12. 1949 bis 6. 6. 1969
Maria Hlawka (SPÖ)	6. 6. 1969 bis 23. 11. 1973
Otto Schweda (SPÖ)	23. 11. 1973 bis 13. 11. 1978
Friedrich Hahn (ÖVP)	13. 11. 1978 bis 9. 12. 1987
Gertrude Stiehl (SPÖ)	9. 12. 1987 bis 14. 12. 1989
Eveline Andrlik (SPÖ)	15. 12. 1989 bis 1. 3. 1991
Ernst Outolny (SPÖ)	1. 3. 1991 bis 7. 11. 1994
Prof.in Erika Stubenvoll (SPÖ)	7. 11. 1994 bis 29. 11. 1996 27. 4. 2001 bis 25. 6. 2009
Mag. Hilmar Kabas (FPÖ)	29. 11. 1996 bis 25. 6. 1998
Johann Römer (FPÖ)	25. 6. 1998 bis 27. 4. 2001
Marianne Klicka (SPÖ)	25. 6. 2009 bis 25. 11. 2010
Johann Herzog (FPÖ)	25. 11. 2010 bis 24. 11. 2015
Veronika Matiasek (FPÖ)	24. 11. 2015 bis 24. 11. 2020
Ing. Christian Meidlinger (SPÖ)	seit 24. 11. 2020

Dritte Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten seit 1920 mit Funktionsperiode

Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten	Amtszeit
Johann Schorsch (SDAP)	26. 11. 1920 bis 13. 11. 1923
Josef Hellmann (SDAP)	13. 11. 1923 bis 24 5. 1932
Karl Weigl (SDAP)	24. 5. 1932 bis 12. 2. 1934
Franz Bauer (ÖVP)	13. 12. 1945 bis 5. 12. 1949
Franz Koci (SPÖ)	5. 12. 1949 bis 22. 6. 1951
Konrad Lötsch (SPÖ)	13. 7. 1951 bis 10. 12. 1954
Rudolf Sigmund (SPÖ)	10. 12. 1954 bis 16. 7. 1959
Helene Potetz (SPÖ)	17. 7. 1959 bis 18. 1. 1967
Maria Hlawka (SPÖ)	20. 1. 1967 bis. 6. 6. 1969
Karl Mühlhauser (ÖVP)	6. 6. 1969 bis 23. 11. 1973
Friedrich Hahn (ÖVP)	23. 11. 1973 bis 13. 11. 1978
Otto Schweda (SPÖ)	13. 11. 1978 bis 27. 5. 1983
Erika Krenn (SPÖ)	27. 5. 1983 bis 23. 11. 1984
Gertrude Stiehl (SPÖ)	23. 11. 1984 bis 9. 12. 1987
Univ.-Prof. Dr. Manfried Welan (ÖVP)	9. 12. 1987 bis 30. 9. 1990
Prof. Dr. Wolfgang Petrik (ÖVP)	26. 11. 1990 bis 9. 12. 1991
Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ)	9. 12. 1991 bis 29. 11. 1996
Prof.in Erika Stubenvoll (SPÖ)	29. 11. 1996 bis 27. 4. 2001
Johann Römer (FPÖ)	27. 4. 2001 bis 30 11. 2004
Mag.a Heidemarie Unterreiner (FPÖ)	17. 12. 2004 bis 18. 11. 2005
Heinz Hufnagl (SPÖ)	18. 11. 2005 bis 25. 11. 2010
Marianna Klicka (SPÖ)	25. 11. 2010 bis 24. 11. 2015
Dipl.-Ing. Martin Margulies (Grüne)	24. 11. 2015 bis 24. 11. 2020
Mag. Manfried Juraczka (ÖVP)	seit 24. 11. 2020

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:
Stadt Wien – Presse- und Informationsdienst, Rathaus, 1010 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:
Büro des Ersten Landtagspräsidenten, Rathaus, 1010 Wien

Fotos:
Cover: © PID/Schaub-Walzer
Seiten 6 bis 17: © PID/Jobst

Gestaltung:
Domus Verlag GesbR, Rahlgasse 1, 1060 Wien

Druck:
Print Alliance HAV Produktions GmbH,
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau

Gedruckt auf ökologischem Papier nach den Kriterien von
„ÖkoKauf Wien“: https://va-oekokauf.at

Stand: Dezember 2020